

Die vielen Gesichter der Globalisierung

***- Perspektiven einer
menschengerechten Weltordnung -***

*Eine Studie der Sachverständigengruppe “Weltwirtschaft
und Sozialethik” und der kirchlichen Werke Adveniat,
Caritas international, Misereor, missio Aachen, missio
München und Renovabis*

*Herausgegeben von der
Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe
für weltkirchliche Aufgaben
der Deutschen Bischofskonferenz.*

Die vielen Gesichter der Globalisierung. Perspektiven einer menschengerechten Weltordnung. Eine Studie der Sachverständigengruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik" und der kirchlichen Werke Adveniat, Caritas international, Misereor, missio Aachen, missio München und Renovabis. Herausgegeben von der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe der Deutschen Bischofskonferenz

Bonn, November 1999

ISBN 3-932535-37-5 (Deutsche Kommission Justitia et Pax)

Zu beziehen bei der Zentralstelle Weltkirche
der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 163, 53113 Bonn
Tel. 0228/103-288, Fax 0228/103-335

Inhalt

Vorwort	9
1. Einleitung	11
1.1 Ambivalente Wahrnehmung der Globalisierung.....	11
1.2 Begriffliche und inhaltliche Bestimmungen.....	12
1.3 Zielsetzung und Vorgehensweise der Studie.....	14
2. Erscheinungsformen und Ursachen der Globalisierung	15
2.1 Globalisierung der Wirtschaft.....	15
2.1.1 Zunahme der weltweiten Produktionskapazitäten.....	16
2.1.2 Wachstum des Welthandels	16
2.1.3 Wachstum der Direktinvestitionen und der Unternehmenskooperation	18
2.1.4 Integration des internationalen Kapitalverkehrs	19
2.1.5 Regionale Ungleichgewichte der Globalisierung.....	19
2.2 Sozio-kulturelle Dimension der Globalisierung.....	21
2.2.1 Das Leitbild der westlichen Zivilisation.....	21
2.2.2 Kommunikation als wesentliches Element der Globalisierung.....	22
2.2.3 Mobilität von Menschen.....	23
3. Auswirkungen der Globalisierung	25
3.1 Wirtschaftliche Auswirkungen der Globalisierung.....	25
3.1.1 Auswirkungen der Globalisierung auf die Gütermärkte.....	25
3.1.2 Auswirkungen der Globalisierung auf die Finanzmärkte	26
3.1.3 Auswirkungen der Globalisierung auf die Arbeitsmärkte	28
3.2 Ökologische Auswirkungen der Globalisierung.....	31
3.2.1 Ökologische Gewinne und Verluste.....	31
3.2.2 Verbreitung westlicher Produktions- und Konsummuster.....	33
3.3 Sozio-kulturelle Auswirkungen der Globalisierung.....	34
3.3.1 Pluralisierung als Folge der Globalisierung.....	34
3.3.2 Partikularisierung als Gegenbewegung zur Globalisierung.....	35
3.3.3 Religionsgemeinschaften als globale Akteure	36

3.4	Auswirkungen der Globalisierung auf die Politik.....	37
3.4.1	Abnahme und Wandel des Einflusses nationalstaatlicher Politik.....	38
3.4.2	Nationaler Demokratieabbau und Schwäche internationaler Politik.....	38
3.4.3	Entstehen einer internationalen Zivilgesellschaft	39
4.	Globalisierung – Herausforderungen für die Religionen und die Kirche.....	41
4.1	Mitverantwortung für die Gestaltung der Globalisierung	41
4.2	Weltkirche als Lerngemeinschaft.....	43
4.3	Auftrag und Sendung der kirchlichen Werke	44
5.	Grundlagen einer sozialetischen Reflexion	46
5.1	Sozialetische Maßstäbe.....	47
5.2	Ethisch verantwortbare Gestaltung der Globalisierung.....	51
6.	Handlungsoptionen	52
6.1	Politikfelder	52
6.1.1	Internationale Rechtsordnung und Sicherheitspolitik.....	53
6.1.2	Eigenverantwortung für Wirtschafts- und Sozialpolitik	54
6.1.3	Reform der Weltwirtschaftsordnung und des internationalen Finanzsystems.....	56
6.1.4	Globale Umweltpolitik.....	58
6.2	Akteure.....	59
6.2.1	Nationalstaaten und Staatengemeinschaften.....	59
6.2.2	Transnationale Unternehmen	61
6.2.3	Internationale Zivilgesellschaft	62
6.3	Handlungsmöglichkeiten der Kirche und ihrer Werke.....	63

Kurzinformationen zu dem
Herausgeber und den Autoren der Studie

Der Herausgeber

Die **Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben** wird von der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz berufen. In der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe sind Professoren verschiedener Fachrichtungen versammelt. Die Aufgabe der Arbeitsgruppe besteht in der wissenschaftlichen Behandlung von Fragen aus dem Bereich der weltkirchlichen Verantwortung der Kirche in Deutschland.

Die Autoren der Studie

Die Sachverständigengruppe “Weltwirtschaft und Sozialethik” ist eine Fachgruppe der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz. Sie wurde 1989 berufen, um Institutionen der katholischen Kirche in Fragen der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu beraten. Von der Zielsetzung wie von der personellen Zusammensetzung her ist eine Verbindung von ökonomischem und sozialethischem Sachverstand angestrebt.

Mitglieder der Sachverständigengruppe “Weltwirtschaft und Sozialethik”

1. Prof. Dr. Georg **Cremer**, apl. Professor an der Universität Freiburg und Mitarbeiter beim Deutschen Caritasverband, Freiburg
2. Bernhard **Emunds**, Oswald-von-Nell-Breuning-Institut, Frankfurt
3. Prof. Dr. Bernhard **Fraling**, em. Professor für Moraltheologie an der Universität Würzburg und Vorsitzender der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz

4. Prof. Dr. Egon **Görgens**, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth
5. Prof. Dr. Hans-Rimbert **Hemmer**, Professor für Volkswirtschaftslehre und Entwicklungsländerforschung an der Universität Gießen
6. Prof. Dr. Paul **Kevenhörster**, Professor für Politikwissenschaften an der Universität Münster
7. Dr. Hans-Joachim **Krekeler**, Studiendirektor, Landwirtschaftliche Fakultät der Universität Bonn
8. Clemens **Kronenberg**, Mitarbeiter des Bischöflichen Hilfswerkes Misereor, Aachen
9. Dr. habil. Gerhard **Kruij**, Direktor der Katholischen Akademie für Jugendfragen, Odenthal
10. P. Prof. Dr. Johannes **Müller** SJ (Vorsitzender), Professor für Sozialwissenschaft und Entwicklungspolitik an der Hochschule für Philosophie, München
11. Ulrich **Pöner**, Geschäftsführer der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Bonn
12. Dr. Rolf **Schumacher**, Mitarbeiter im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Bonn
13. Prof. Dr. Joachim **Wiemeyer**, Professor für Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität, Bochum

Wissenschaftlicher Mitarbeiter: DDr. Johannes **Wallacher**

Geschäftsführung der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe: Dr. Hans-Gerd **Angel**

Die kirchlichen Werke wurden vertreten durch

Adveniat:	Dr. Christoph Lienkamp
Caritas international:	Prof. Dr. Georg Cremer
Misereor:	Dr. Reinhard Hermle
missio Aachen:	Dr. Josef Estermann
missio München:	P. Dr. Othmar Nogger OFM ^{Cap}
Renovabis:	Dr. Gerhard Albert

VORWORT

Die Christen bereiten sich auf die Feier des Heiligen Jahres 2000 vor. Sie rufen die Erlösung durch Jesus Christus in Erinnerung. "Jesus Christus ist derselbe gestern, heute und in Ewigkeit" (Hebr. 13,8). Das steht als Leitwort über diesem Jahr.

Zeitenwenden laden zum Innehalten und zum Nachdenken ein. Was ist erreicht? Was ist neu zu tun? Das 21. Jahrhundert kommt mit gewaltigen Herausforderungen auf uns zu. Dazu gehört nicht zuletzt die Globalisierung. Dieses Wort wirft eine ganze Reihe von Fragen auf. Was genau will der Begriff besagen? Sind die Sorgen und Ängste berechtigt, die er provoziert? Welche Auswirkungen hat der Globalisierungsprozeß auf die Ärmsten der Armen?

Auf Wunsch der deutschen Bischöfe haben sich die kirchlichen Werke zusammen mit der im Bereich der Kommission X für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz eingerichteten Sachverständigengruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik" dazu entschlossen, eine wissenschaftliche Studie zum Thema "Globalisierung" zu erstellen.

Die hiermit vorgelegte Studie möchte besonders den Fragen und Sorgen der kirchlichen Partner in der Einen Welt Gehör verleihen und das Anliegen weltweiter sozialer Gerechtigkeit zur Sprache bringen. Sie versteht sich nicht als eine abschließende Stellungnahme, sondern als Beitrag zur Diskussion in dieser Sache. Sie möchte Überlegungen und Vorschläge vorlegen, wie sich der Globalisierungsprozeß durch eine entsprechende politische Gestaltung so steuern läßt, daß er den Menschen dient.

Franz Kamphaus – Bischof von Limburg
Vorsitzender der Kommission X
für weltkirchliche Aufgaben
der Deutschen Bischofskonferenz

1. Einleitung

1.1 *Ambivalente Wahrnehmung der Globalisierung*

Der Begriff der Globalisierung ist heute in aller Munde und löst höchst unterschiedliche Reaktionen aus. Einerseits werden mit diesem Modewort geradezu euphorische Erwartungen verbunden, was weltweite Zusammenarbeit und Solidarität, globalen Wohlstand und Weltfrieden angeht. Im Prozeß der Globalisierung wird die größte Chance der letzten Jahre gesehen, die Fortschritte der Menschheit bis in die entlegensten Winkel der Erde zu transportieren und allen Menschen zugute kommen zu lassen. Andererseits löst er aber auch vielfältige Ängste aus, insbesondere die Sorge vor einem weltweiten Sozialdarwinismus und einer Welteinheitskultur. Für viele Menschen in den Industrieländern steht dieser Begriff für Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Umweltzerstörung. Die zunehmende weltwirtschaftliche Integration der Länder der Dritten Welt sowie der Transformationsländer im Osten Europas und die dadurch bedingte Verschärfung des Wettbewerbes werden vielfach als Bedrohung empfunden. Vor allem in den Entwicklungsländern hat der Begriff der Globalisierung vielerorts den der Dependenz aus den siebziger Jahren abgelöst: Er muß häufig als Ursache für alle Sorgen und Probleme herhalten. Überdies fürchtet man in vielen Regionen der Welt einen westlichen Kulturimperialismus, der sich ohne Rücksicht auf andere Kulturen und Werte ausbreitet.

All diese Meinungen zur Globalisierung, die das gesamte denkbare Spektrum zwischen Glorifizierung und Dämonisierung abdecken, sind durch unterschiedliche Erfahrungen geprägte Einschätzungen, die als Gesamtaussage nur sehr bedingt durch die realen Fakten gedeckt sind. Dies ist nicht zuletzt eine Folge davon, daß der Begriff der Globalisierung selten klar definiert ist, weshalb er zur Erklärung vielfältiger Entwicklungen herangezogen werden kann. Nicht alle aus der Sicht der Betroffenen zu Recht negativ beurteilten ökonomischen Entwicklungen lassen sich jedoch auf die Globalisierung zurückführen. Hauptursache sind nicht selten interne Faktoren wie ungünstige Produktionsstrukturen, ein mangelhaftes politisches und administratives System, eine schlechte Regierungsführung oder ungeeignete wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen, deren negative Wirkungen allerdings häufig durch die Globalisierung erheblich verstärkt werden.

Umso wichtiger ist eine nüchterne Analyse, um Wirkungszusammenhänge aufzuzeigen und Chancen wie Gefahren der Globalisierung möglichst genau zu bestimmen. Nur dann besteht Hoffnung, diesen so vielschichtigen und dynamischen Prozeß möglichst menschengerecht gestalten zu können. Da nicht nur Auswirkungen, sondern auch Bedeutung und Reichweite des als Globalisierung bezeichneten Prozesses umstritten sind, ist es notwendig, zunächst eine begriffliche Klärung vorzunehmen.

1.2 Begriffliche und inhaltliche Bestimmungen

Grenzüberschreitende wirtschaftliche, politische und soziale Aktivitäten wurden bisher vorwiegend mit Begriffen wie Internationalisierung und Transnationalisierung bezeichnet. Davon zu unterscheiden ist das Phänomen der Globalisierung, auch wenn diese Begriffe in der öffentlichen Diskussion häufig gleichbedeutend verwendet werden. Die Unterschiede betreffen sowohl Konzepte und zentrale Akteure als auch die Konsequenzen für die beteiligten Gesellschaften. Während *Internationalisierung* im allgemeinen diejenigen Beziehungen beschreibt, welche die Durchlässigkeit nationaler Grenzen erhöhen, ohne den Nationalstaat selbst in Frage zu stellen, bezieht sich *Transnationalisierung* auf Prozesse, durch die Institutionen wie die Vereinten Nationen oder die Europäische Union bzw. Akteure wie transnationale Unternehmen entstehen, welche die nationalstaatlichen Ordnungen übergreifen.

Im Unterschied dazu umschreibt *Globalisierung* eine Verdichtung und Beschleunigung grenzüberschreitender Interaktionen, die faktisch oder der Möglichkeit nach alle Individuen, Institutionen und Staaten zu einem komplexen Gefüge wechselseitiger, häufig aber ungleichgewichtiger Abhängigkeiten miteinander vernetzen. Primärer Bezugspunkt dieser Entwicklung sind nicht mehr die Nationalstaaten, deren Handlungsräume eingeschränkt werden, sondern die Welt als Ganze oder zumindest größere Weltregionen mit teils übergreifenden Institutionen. Die Globalisierung ist ein komplexer Prozeß mit vielfältigen Aspekten, der anscheinend unaufhaltsam alle Lebensbereiche durchdringt und zu einer auch im Alltag erfahrbaren Wirklichkeit geworden ist. Sie hat ökonomische, ökologische, sozio-kulturelle und politische Merkmale, die in ihren Wechselwirkungen zu sehen sind. Man wird die Dynamik der Globalisierungsprozesse darum nur dann verstehen können, wenn man sich stets bewußt bleibt, daß man es tatsächlich mit einem Plural zu tun hat. Zum einen verlaufen die

Entwicklungen in den einzelnen Ländern in ihrer Geschwindigkeit, Reichweite und Tiefenwirkung unterschiedlich, zum anderen werden sie von einer Vielzahl oft gegenläufiger Prozesse begleitet.

Globalisierung wird meist als primär ökonomisches Phänomen betrachtet. Wirtschaft, Finanzmärkte und Technologie operieren immer mehr jenseits nationalstaatlicher Regelungen. Die Weltwirtschaft wird darum zunehmend von transnationalen Unternehmen als globalen Akteuren bestimmt. Hinzu kommt die Liberalisierung des Welthandels in fast allen Bereichen. All dies weckt die Erwartung, durch eine effiziente Nutzung knapper Ressourcen mehr Wohlstand für alle zu schaffen, nicht zuletzt durch billigere Güter, was auch den Armen nützen könnte.

Mit der Globalisierung eng verbunden ist ein Prozeß der Verbreitung westlicher Wertvorstellungen und Leitbilder, was die kulturellen Unterschiede zwischen den Weltregionen in mancher Hinsicht verringert hat. Moderne Medien und Kommunikationsmittel, aber auch Exporte als verdinglichte Ideen und der expandierende Tourismus verbreiten die westliche Lebensweise täglich in alle Welt und wecken überall die Erwartung einer nachholenden Entwicklung. Dazu gehören Leitbilder wie Menschenrechte, Demokratie und Marktwirtschaft ebenso wie Produktionsweisen, Konsummuster und Freizeitverhalten. Dies liegt zum einen daran, daß die westliche Form der Zivilisation große Anziehungskraft ausübt, zum anderen wird dieser Trend aber auch von den Industrieländern und insbesondere den transnationalen Unternehmen aus kommerziellen Gründen bewußt gefördert.

Der Prozeß der Globalisierung ist freilich keineswegs so umfassend, wie von manchen seiner Anhänger verkündet wird. So steht etwa der zunehmenden Liberalisierung des Handels eine meist sehr restriktive Migrationspolitik gegenüber, die es den Armen nur bedingt erlaubt, dort nach Arbeit zu suchen, wo es für sie günstig wäre. Auch dürfen all die mit der Globalisierung verbundenen Hoffnungen und Versprechen nicht den Blick für die Kehrseite dieser Entwicklung verstellen, die weitreichende soziale und ökologische Kosten hat bzw. entsprechende Tendenzen verstärkt. Die Globalisierung kennt Gewinner und Verlierer. Dieses Phänomen verdient unter sozialem Rücksicht besondere Aufmerksamkeit. Hauptnutznießer scheinen Eigner von Sach- und Finanzvermögen sowie gut qualifizierte Arbeitskräfte zu sein. Umgekehrt deuten viele Anzeichen darauf hin, daß diese Entwicklung zum Ausschluß und damit zu

wachsender Verarmung von weniger leistungsfähigen Menschen, Bevölkerungsgruppen und ganzen Regionen beiträgt, worauf vor allem Partner der Kirchen aus dem Süden und Osten immer wieder verweisen. Außerdem besteht die Sorge, daß die Expansion des Welthandels und die wachsende Mobilität auf Kosten der Umwelt und so zu Lasten künftiger Generationen gehen.

1.3 Zielsetzung und Vorgehensweise der Studie

Das Anliegen dieser Studie ist es, den Prozeß der Globalisierung als einer neuen Stufe auf dem Weg zu einer Weltgesellschaft aus christlicher Verantwortung sozialetisch kritisch zu würdigen. Da es im Rahmen dieser Entwicklung Gewinner und Verlierer gibt, ist die Kirche aufgrund ihrer vorrangigen Option für die Armen verpflichtet, die Globalisierung besonders aus der Perspektive derjenigen zu betrachten, die von den damit verbundenen Wohlstandsgewinnen ausgeschlossen bleiben. Sie muß die Sorgen und Nöte dieser Menschen ernst nehmen, ihnen eine Stimme leihen und für ihre Interessen eintreten. All dies ist auf das Ziel ausgerichtet, den Globalisierungsprozeß möglichst menschenwürdig zu gestalten, wie es der Botschaft des Evangeliums und der Tradition der christlichen Sozialethik entspricht.

In den Ländern des Südens und Ostens sind gegenwärtig rund 1,5 Milliarden Menschen von absoluter Armut betroffen. Sie können ihre grundlegenden physischen Bedürfnisse nicht oder nur völlig unzureichend befriedigen: Sie leiden unter Hunger, Unterernährung und Krankheit, leben in hygienisch völlig unzulänglichen Elendssiedlungen, haben kaum Zugang zu Bildungseinrichtungen und finden keine oder nur schlecht entlohnte Arbeit. Die Kirche als Weltkirche und zumal ihre Werke beziehen die Option für die Armen vor allem auf die Menschen in den Entwicklungs- und Transformationsländern, die in solchen Elendssituationen leben. Die Erfahrungen aus der teilweise jahrzehntelangen Arbeit mit den Partnern in diesen Ländern sind eine unschätzbare Hilfe, um sich diesen Blickwinkel zu eigen zu machen, ohne darüber die ethische Verantwortung zu übersehen, die aus der Armut mitten im Reichtum der westlichen Industrieländer erwächst.

Die Studie beschreibt in einem ersten Schritt Strukturen und Wirkungsmechanismen der Globalisierung unter ökonomischer und sozio-kultureller Rücksicht (Abschnitt 2), um dann die Auswirkungen dieser Entwick-

lung möglichst sachgerecht zu analysieren (Abschnitt 3). Sie bemüht sich, besonders jene Phänomene herauszuarbeiten, die tatsächlich auf die Globalisierung zurückgeführt werden können, und sie von solchen Entwicklungen zu trennen, die durch andere, vor allem interne Faktoren verursacht sind. Für die Religionen, zumal für die Kirche und ihre Werke, erwächst aus der Globalisierung eine doppelte Herausforderung: zum einen die Verantwortung, diesen Prozeß im Dienst der Menschen mitzugestalten, zum anderen die auch theologisch bedeutsame Frage, wie sie sich selbst als universale Akteure und zugleich lokal verwurzelte Gemeinschaften verstehen und darstellen (Abschnitt 4). Die bisherigen Ergebnisse werden anschließend einer sozialetischen Reflexion unterzogen (Abschnitt 5). Da sich diese Studie an eine zunehmend säkulare und plurale Gesellschaft wendet, wird versucht, sozialetische Kriterien zu benennen und zu begründen, die der allgemeinen Vernunft zugänglich und - zugleich für spezifisch theologische Überlegungen offen und anschlussfähig sind. Ausgehend von der Analyse der Globalisierung und ihrer sozialetischen Bewertung werden schließlich Handlungsoptionen zur Gestaltung der damit verbundenen Prozesse vorgestellt, aufgefächert nach politischen Handlungsfeldern und Akteuren, wobei der Kirche und ihren Werken besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird (Abschnitt 6).

Obwohl diese Studie die Perspektive der Länder im Süden und Osten sowie vor allem der kirchlichen Partner in ihre Analyse einzubeziehen versucht, ist dies eine Stellungnahme von Institutionen der Kirche in Deutschland, die mit weltkirchlichen Aufgaben befaßt sind. Sie richtet sich darum vorrangig an die eigene inner- wie außerkirchliche Öffentlichkeit. Gleichzeitig versteht sie sich jedoch als eine erste Etappe eines längerfristig angelegten Dialogs mit den Ortskirchen und Partnerorganisationen in den Ländern des Südens und Ostens. Ziel ist es, in einen gemeinsamen Lernprozeß einzutreten und sich gegenseitig dabei zu unterstützen, den Globalisierungsprozeß so zu gestalten, daß er möglichst allen Menschen nützt.

2. Erscheinungsformen und Ursachen der Globalisierung

2.1 Globalisierung der Wirtschaft

Die weltwirtschaftliche Verflechtung ist im Prinzip nichts Neues, da der Austausch von Waren und Dienstleistungen schon immer einen wichtigen

Bestandteil in den Beziehungen zwischen Staaten und Völkern darstellte. In den letzten beiden Jahrzehnten sind die internationalen Austauschbeziehungen jedoch besonders dynamisch gewachsen. Dies ist zum einen dem technologischen Fortschritt im Transport- und Telekommunikationssektor zu verdanken, der die Zerlegung komplexer Produktionsprozesse und so eine neue (auch innerbetriebliche) Form internationaler Arbeitsteilung ermöglicht hat. Zum anderen ist dies auf die politisch gewollte Liberalisierung des Welthandels und vor allem der Finanzmärkte zurückzuführen, was neue Anreizstrukturen für alle wirtschaftlichen Akteure geschaffen hat. Diese Veränderungen haben sich vor allem in einem rasanten Anstieg der Direktinvestitionen und Unternehmenskooperationen sowie in überdurchschnittlichen Steigerungsraten des internationalen Kapitalverkehrs niedergeschlagen, so daß die weltwirtschaftliche Integration eine neue Dimension erreicht hat. Diese Entwicklung verläuft jedoch keineswegs einheitlich und darf nicht den Blick für die teils erheblichen regionalen und strukturellen Ungleichgewichte verstellen. Nur ein Teil der Menschheit konnte nämlich bisher aus der ökonomischen Globalisierung Nutzen ziehen.

2.1.1 Zunahme der weltweiten Produktionskapazitäten

Eine wichtige Erscheinungsform der ökonomischen Globalisierung ist die fortschreitende Industrialisierung großer Teile der Erde. Eine Reihe von Entwicklungsländern hat seit Ende des Zweiten Weltkriegs die Rolle von Rohstofflieferanten und Produzenten einfacher Fertigprodukte verlassen und den Status von Industrienationen erreicht (sogenannte Schwellenländer). So haben vor allem die ökonomisch vergleichsweise erfolgreichen Volkswirtschaften Ost- und Südostasiens in den letzten 20 Jahren ihren Anteil an der industriellen Produktion und damit am globalen Bruttosozialprodukt wesentlich steigern können. Dieser Prozeß hat die Zahl der Länder, die Produkte auf dem Weltmarkt anbieten, deutlich erhöht. Der Anstieg der globalen Produktionskapazitäten hat auf vielen Märkten zu einem intensiveren und heute weltweiten Wettbewerb geführt. Dieser Prozeß wird sich noch beschleunigen, wenn China, Indien und Osteuropa – zusammen lebt dort etwa die Hälfte der Erdbevölkerung – stärker in den globalen Wettbewerb integriert sein werden.

2.1.2 Wachstum des Welthandels

Der internationale Handel hat sich im Lauf der Jahrhunderte immer wieder verändert und vor allem seit Beginn der kolonialen Expansion in immer neuen Schüben zugenommen. In einem ersten Globalisierungsboom in der Phase der industriellen Revolution seit Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs verzeichnete der grenzüberschreitende Güterhandel die höchsten Zuwachsraten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die abermalige Zunahme des Welthandels, besonders durch den Abbau von Handelshindernissen, politisch gefördert. Während die Zollsätze auf Industrieprodukte in der protektionistischen Hochphase in Folge der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkriegs deutlich angestiegen waren, hat die Belastung des Güterhandels durch Zölle zwischen den großen Industrienationen nach Inkrafttreten des GATT-Regimes im Jahre 1947 kontinuierlich abgenommen. Zusätzlich sind seit Mitte der achtziger Jahre mehrere regionale Integrationsgebiete entstanden bzw. im Entstehen, wie etwa die Europäische Union, die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) oder die Asiatische Freihandelszone (AFTA). Dies hat zu einer weiteren Expansion des grenzüberschreitenden Güterhandels beigetragen.

Mit der fortschreitenden Deregulierung und Liberalisierung, die in der neuen Welthandelsordnung von 1994 vereinbart wurden, sind die Voraussetzungen für eine weitere Ausweitung des Welthandels geschaffen worden. In diese Ordnung wurden, neben der Reintegration des Agrar- und Textilhandels, verschiedene Abkommen über den grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel (GATS) und den Schutz der geistigen Eigentumsrechte (TRIPS) aufgenommen. Dies ist von Bedeutung, weil der Dienstleistungshandel einen immer größeren Teil am Welthandel ausmacht und weiterhin überdurchschnittliche Wachstumsraten aufweist.

Allerdings darf das dynamische Wachstum des grenzüberschreitenden Handels nicht zu einer undifferenzierten Betrachtungsweise verleiten. Mitte der neunziger Jahre lag der Anteil der Exporte am Weltsozialprodukt nur bei rund 20 Prozent. Global in dem Sinne, daß die gleichen Anbieter überall auf der Welt oder zumindest in Europa, Nordamerika und im pazifischen Raum miteinander um Kunden konkurrieren, sind außerdem nur einige Gütermärkte. Dazu gehören z.B. die Märkte für Rohstoffe, Software oder Flugzeuge. Bei anderen Waren und Dienstleistungen ist dagegen eine Konzentration der Handelsbeziehungen auf den Binnenraum der jeweiligen Weltwirtschaftsregion festzustellen. Zudem gibt es nach wie vor Protektionismus, beispielsweise in Form von Subventionen für die

eigene Wirtschaft. Auf diese Weise verringern die Industrieländer nicht nur die Exportchancen der Entwicklungs- und Transformationsländer, sondern ermöglichen es überdies ihren eigenen Unternehmen, eigentlich nicht mehr konkurrenzfähige Produkte in weniger entwickelte Länder zu exportieren, was die wirtschaftliche Entwicklung dort erheblich beeinträchtigt. Ein besonders deutliches Beispiel dafür ist die Agrarpolitik der Europäischen Union.

2.1.3 Wachstum der Direktinvestitionen und der Unternehmenskooperationen

Als entscheidender Motor der ökonomischen Globalisierung werden seit Mitte der achtziger Jahre die ausländischen Direktinvestitionen angesehen. Ihre Zuwachsrate war zwischen 1985 und 1995 im Jahresdurchschnitt mit 17 Prozent fast doppelt so hoch wie die des Welthandels und annähernd dreimal so hoch wie die der Weltproduktion. Bis dahin entwickelten sich Warenhandel und Direktinvestitionen nahezu im Gleichschritt. Diese parallele Entwicklung verdeutlicht, daß Direktinvestitionen zu dieser Zeit überwiegend exportbegleitende Auslandsaktivitäten wie Service- und Reparaturleistungen betrafen.

Mittlerweile sind Direktinvestitionen jedoch zu einem eigenständigen Faktor der internationalen Arbeitsteilung geworden. Die hohen Zuwachsraten zeigen, daß immer mehr Unternehmen Kostenvorteile, hohes Qualifikationsniveau und gute infrastrukturelle Ausstattung in anderen Ländern nutzen. Im Unterschied zur traditionellen weltweiten Arbeitsteilung wird also nicht nur der Absatz, sondern auch die Produktion internationalisiert. Der zunehmenden Bedeutung von Direktinvestitionen wurde im Rahmen der Neugestaltung des GATT im Jahr 1994 durch Regeln für den Abbau von handelsverzerrenden Auflagen für solche Investitionen Rechnung getragen (TRIMs).

Zusammen mit dem Anstieg der Direktinvestitionen nahm auch die Zahl der international tätigen Firmen dramatisch zu, und wirtschaftliche Konzentrationsprozesse verstärkten sich. Schätzungen zufolge gab es Anfang 1998 etwa 44.000 transnationale Unternehmen mit fast 280.000 Auslandsniederlassungen. Weltweit wurden 1996 275 Milliarden US-Dollar für Fusionen und Übernahmen ausgegeben – doppelt soviel wie zehn Jahre zuvor. Diese transnationalen Unternehmen trieben die Globalisierung auch auf Wegen voran, die keine oder nur geringe ausländische Eigentumsbeteiligungen einschließen.

Beispiele hierfür sind Lizenzvergaben und strategische Unternehmensallianzen. Als Folge davon entfällt ein wachsender Anteil des Welthandels auf den unternehmensinternen Handel, der den Firmen mehr Handlungsspielraum eröffnet und sich wirtschaftspolitisch weit weniger beeinflussen läßt als der marktgesteuerte Handel zwischen Ländern.

2.1.4 Integration des internationalen Kapitalverkehrs

Noch stärker als am Wachstum des Außenhandels und der Direktinvestitionen zeigt sich die weltwirtschaftliche Verflechtung im Finanzbereich. Die rasante Entwicklung der Finanzmärkte ist vor allem auf die Liberalisierung des Kapitalverkehrs, den verstärkten Einsatz moderner Kommunikationstechnologien und die steigende Bedeutung institutioneller Anleger zurückzuführen. Letzteres Phänomen wurde durch wachsende private Vermögen begünstigt, aber auch durch eine weltweit steigende Staatsverschuldung und deren Finanzierungserfordernisse. Die grenzüberschreitenden Anleihe- und Aktientransaktionen – gemessen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts – waren 1980 in keinem bedeutenden Industrieland größer als 10 Prozent. Bis 1995 stiegen sie beispielsweise in Japan auf 65, in Italien sogar auf 250 Prozent der inländischen Wirtschaftsleistung an. Dieser Trend ist in allen OECD-Ländern festzustellen. Geradezu explodiert ist der Handel mit Finanzderivaten wie Swaps, Optionen und Futures, die ihren Wert aus einem zugrundeliegenden Wertpapier ableiten. Hatte der weltweite Handel mit börsennotierten Derivaten 1986 ein Volumen von etwa 600 Milliarden US-Dollar, so war dieser Wert bis 1995 auf über 9.000 Milliarden US-Dollar angestiegen.

Einheitliche Preise auf den Geld- und Devisenmärkten der Industrieländer signalisieren deren Integration zu globalen Märkten; aufgrund der steigenden internationalen Gleichzeitigkeit von Wertsteigerungsphasen und Kursstürzen ist auch ein langfristiges Zusammenwachsen der Aktien- und Rentenmärkte dieser Länder anzunehmen. Die Globalisierung der Finanzmärkte erstreckt sich bisher jedoch hauptsächlich auf die Industrieländer, die allerdings nach wie vor den Großteil ihrer Investitionen aus eigenen Ersparnissen finanzieren, und solche Entwicklungs- und Transformationsländer, die wirtschaftlich vergleichsweise leistungsfähig sind.

2.1.5 Regionale Ungleichgewichte der Globalisierung

Die bisherige Erörterung hat sich mit den Erscheinungsformen und Ursachen ökonomischer Globalisierung beschäftigt. Die vorgestellten Ergebnisse wiesen jedoch eher auf allgemeine Trends hin, ohne eine detaillierte quantitative und vor allem regionale Analyse zu liefern. In ihrer Gesamtheit zieht die Gruppe der Entwicklungs- und Transformationsländer aus der zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung ohne Zweifel Vorteile. Zusammen konnten sie ihren Anteil an den weltweiten Exporten für Industrieprodukte zwischen 1985 und 1993 um nahezu 100 Prozent steigern. Ihr Anteil an den weltweiten Direktinvestitionen betrug im Jahr 1995 etwa 40 Prozent, was nahezu eine Verdoppelung gegenüber den durchschnittlichen Werten im Zeitraum von 1980 bis 1990 bedeutet. Auch die dargestellten zentralen Merkmale der Globalisierung werden durch das vorhandene Datenmaterial gestützt. So sind die Exporte der Entwicklungs- und Transformationsländer im vergangenen Jahrzehnt (1985 bis 1995) stärker gestiegen als deren Bruttosozialprodukt, und die Expansion der Zuflüsse an Direktinvestitionen in diese Länder übersteigt das Exportwachstum deutlich. Diese Ergebnisse überraschen aufgrund der stärkeren Einbindung dieser Regionen in die Globalisierungsstrategien großer Konzerne nicht.

Die Vorteile, welche die Entwicklungs- und Transformationsländer aus der ökonomischen Globalisierung ziehen, sind jedoch sehr ungleich verteilt. Dies zeigt sich in fast allen weltwirtschaftlichen Zusammenhängen, angefangen von den Anteilen am Welthandel bis hin zur Teilhabe an den internationalen Finanzmärkten. Besonders aussagekräftig ist die regionale Verteilung der Direktinvestitionen zwischen 1980 und 1994. Für alle diese Länder stiegen sie von einem Wert von unter 10 Milliarden im Jahr 1980 auf annähernd 110 Milliarden US-Dollar im Jahr 1995 an. Ein Großteil der Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern ist jedoch auf relativ wenige Empfänger konzentriert.

Der Anteil *Ost- und Südostasiens* hat sich seit 1980 fast vervierfacht, maßgeblich beeinflusst von Chinas internationaler Kapitalnachfrage. Die *Transformationsländer* sind die zweite, allerdings sehr heterogene Gruppe, die einen steigenden Anteil an den Direktinvestitionen verbuchen konnte. So profitierten im wesentlichen nur die relativ wachstumsstarken und preisstabilen Länder Mittel- und Osteuropas vom Zufluß ausländischen Kapitals, während die

Mehrzahl der ehemaligen Sowjetrepubliken aufgrund politischer Instabilität und schlechter makroökonomischer Rahmendaten wenig attraktiv blieben. Da der Anteil *Lateinamerikas* an den Direktinvestitionen in Entwicklungsländern von 1980 bis 1995 zurückging, scheint das weltwirtschaftliche Gewicht dieses Kontinents durch die Globalisierung abgenommen zu haben. Diese Daten verdecken jedoch zwei wichtige Entwicklungen: Einerseits sind die Zuflüsse in absoluten Zahlen seit Ende der achtziger Jahre wieder kräftig gestiegen, andererseits gehören bestimmte Länder wie Argentinien, Chile und Mexiko zu jenen Entwicklungsländern, die zwischen 1984 und 1993 den höchsten Anstieg an Direktinvestitionen aufzuweisen hatten. *Afrika* dagegen, der nach Asien bevölkerungsreichste Kontinent, zog 1995 nur noch rund 3 Prozent der weltweiten Direktinvestitionen an, während es 1988 noch 6 Prozent waren. Dies ist ein Beispiel dafür, daß diese Region fast vollständig vom Trend zu verstärkter weltwirtschaftlicher Integration ausgeschlossen ist. Diese regionale Betrachtungsweise darf freilich nicht den Blick dafür verstellen, daß, selbst wenn ein Land insgesamt von der Globalisierung profitiert, einzelnen Regionen oder Sektoren in diesem Land Nachteile aus dieser Entwicklung erwachsen.

2.2 *Sozio-kulturelle Dimension der Globalisierung*

2.2.1 Das Leitbild der westlichen Zivilisation

Globalisierung ist freilich nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein sozio-kulturelles Phänomen, denn sie wurzelt in bestimmten Ideen, Wertvorstellungen und Modellen und überträgt diese, oft kaum wahrgenommen, in andere Gesellschaften. Die Globalisierung in ihrer heutigen Form ist vorwiegend, wenn nicht fast ausschließlich, vom Leitbild der westlichen Zivilisation bestimmt. Die wissenschaftliche Erforschung und selbstverantwortliche Gestaltung der Welt sowie die damit verbundene Entmythologisierung von Natur und Gesellschaft, die nicht mehr als numinos und unveränderlich gelten, waren wesentliche Voraussetzungen für den technologischen Fortschritt und seine Anwendung in Wirtschaft und Industrie. Der damit verbundene Vorrang von Werten der Selbstverwirklichung und des materiellen Wohlstands hat einerseits zu einem Bedeutungsverlust traditioneller Sozialformen und religiöser Symbolwelten geführt, andererseits aber auch die Autonomie des Menschen gefördert (Menschenrechte, Demokratie, Pluralismus). Dieses Leitbild war und ist sehr erfolgreich und übt, vor allem aufgrund seiner Wohlstandseffekte, große

Anziehungskraft in aller Welt aus – zumal nach dem Scheitern des realsozialistischen Modells.

Der westlichen Zivilisation wird häufig vorgeworfen, sie stehe unter dem Diktat wirtschaftlicher Werte und rein individueller Interessen. Dies zeige sich beispielsweise in der Konsumorientierung und Kommerzialisierung von immer mehr Lebensbereichen. Dabei wird auch auf Schattenseiten dieser Entwicklung wie etwa Rücksichtslosigkeit, Konsum zu Lasten der Umwelt oder eine oft sehr eng verstandene Zweckrationalität verwiesen. Die Folge seien psycho-soziale Schäden (Orientierungslosigkeit usw.) und gesellschaftliche Probleme (Wohlstandskriminalität, Extremismus usw.). Manche Entwicklungsländer sehen darin Fehlentwicklungen, die sie vermeiden wollen, und betrachten daher die Verbreitung dieses Leitbildes durch die modernen Medien mit großen Vorbehalten, zumal sie den Eindruck haben, daß seine negativen Seiten meist ausgeblendet bleiben.

Diese Einschätzung ist nicht völlig unbegründet, sie dient häufig aber auch als Vorwand, um Menschenrechte, Demokratie und Pluralismus unter Verweis auf eigene kulturell-religiöse Traditionen wie etwa die "asiatischen Werte" abzulehnen. Außerdem übersieht sie, daß Individualisierung keineswegs einfach mit einer Entsolidarisierung der Gesellschaft gleichzusetzen ist, sondern auch zu anderen Formen der Solidarität führen kann. Die These eines solidarischen Individualismus, nach der in die Entwürfe der Selbstverwirklichung oft auch neue Weisen solidarischen Handelns integriert werden, wird durch eine Reihe von empirischen Untersuchungen zumindest teilweise gestützt.

2.2.2 Kommunikation als wesentliches Element der Globalisierung

Die technischen Fortschritte im Kommunikationsbereich ermöglichen einen Informationsaustausch in bisher nicht gekannter Intensität und Qualität, was für den Kontakt zwischen den Kulturen nicht ohne Folgen bleiben kann. Die Bereiche der *Telekommunikation* und der elektronischen *On-line-Netze* haben in den letzten Jahren enorm an Bedeutung gewonnen und versprechen auch für die nähere Zukunft eine gewaltige Expansion. Angesichts dieser Vorteile wird freilich die Kehrseite der globalen Vernetzung allzuleicht übersehen. So sind etwa die über das Internet beförderten weltweiten Informationsflüsse extrem ungleich verteilt (allein 85 Prozent entfallen auf die USA). Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Telefondichte. Der überwiegende Teil der Bevölkerung der Dritten Welt

ist schon aufgrund der mangelnden medialen Infrastruktur und bisher noch hohen Nutzungsgebühren von den neuen Kommunikationstechnologien ausgeschlossen. Noch folgenreicher ist die Tatsache, daß fast eine Milliarde Menschen Analphabeten und darum von vornherein bestenfalls drittklassige Bürger des globalen Dorfes sind. Wenn ein großer Teil der Menschheit weiterhin keinen Zugang zu diesen neuen Medien hat, führt die Entwicklung in diesem Sektor zu größerer Desintegration. Dann wird der Abstand zwischen denen, die Zugang zu Information haben, und jenen, die davon ausgeschlossen bleiben, in Zukunft eher noch zunehmen.

Hinzu kommt, daß die Inhalte, die durch diese neuen Technologien übermittelt werden, höchst ambivalent sind. So eröffnet beispielsweise das Internet einerseits neue Chancen, wie den billigen Transfer von Wissen, die Möglichkeit des Lernens mit dem World Wide Web oder eine schnelle weltweite Kommunikation per E-mail. Auch die Tatsache, daß sich die Inhalte, die über das Internet verbreitet werden, selbst von autoritären Regimen kaum kontrollieren lassen, hat durchaus Vorteile, wie etwa die häufig erfolgreiche Zusammenarbeit im Fall von Menschenrechtsverletzungen zeigt. Andererseits können über das Internet auch kriminelle Inhalte wie etwa Kinderpornographie, Rassismus oder Gewaltverherrlichung in bisher nicht gekanntem Ausmaß verbreitet werden.

Die weltweiten *Massenmedien*, denen eine immer wichtigere ökonomische Bedeutung zukommt, sind inzwischen zum größten Teil privatisiert und damit den Gesetzen eines noch kaum durch Rechtsnormen geregelten Marktes unterworfen. Alle Informationssparten wie Politik, Kultur und Sport werden immer mehr kommerzialisiert, so daß die Berichterstattung weitgehend von den Einschaltquoten abhängt, die ihrerseits die Höhe der Werbeeinnahmen bestimmen. Zudem ist durch einen verschärften Verdrängungswettbewerb die Monopolbildung und die damit verbundene Machtkonzentration im Bereich der Medien weit fortgeschritten. Der gesamte Medienmarkt wird von wenigen großen Konzernen beherrscht, die nahezu alle in den USA, Europa, Australien und Japan ihre Schaltzentralen haben. Die Entwicklungsländer haben vor allem als Werbemärkte für westliche Konsumgüter eine zunehmende Bedeutung. Aufgrund dieser Außensteuerung ist der Zugang zu den Medien für die meisten Menschen in den weniger entwickelten Ländern nur von begrenztem Nutzen. Das moderne Marktangebot ist auch in diesem Bereich kaum auf die drängenden Grundbedürfnisse der Armen ausgerichtet.

2.2.3 Mobilität von Menschen

Die modernen Transporttechnologien haben die Kosten der Raumüberwindung erheblich gesenkt und dadurch nicht nur den schnellen und flexiblen Austausch von Waren und Dienstleistungen ermöglicht, sondern auch die Mobilität von Menschen in enormem Maß erhöht. Die Liberalisierung des internationalen Luftverkehrs hat dem Massentourismus und insbesondere dem Ferntourismus einen gewaltigen Schub verliehen. So ist beispielsweise die Zahl der jährlichen Ankünfte deutscher Touristen im Ausland von 1985 bis 1994 von 44,9 auf 73,3 Millionen angestiegen, wobei die Zahl der Fernreisen überdurchschnittlich zugenommen hat.

Durch den Ausbau von Transport- und Kommunikationssystemen werden jedoch nicht nur der Massentourismus sowie der weltweite Güter- und Kapitalverkehr gefördert, sondern auch die Kriminalität. Dies zeigt sich beispielsweise an der Zunahme des Drogenhandels, des Kinder- und Frauenhandels, des Sextourismus und anderer illegaler Geschäfte.

Schließlich hat auch die Mobilität in Form von Migration im Rahmen der Globalisierung zugenommen. Nach Einschätzung der Internationalen Arbeitsorganisation ist die Suche nach Arbeit und angemessenen Einkommensquellen das wichtigste Motiv für Migranten. Ihre Gesamtzahl wurde Mitte der neunziger Jahre weltweit auf mindestens 125 Millionen geschätzt. Während jedoch der Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital sowie der Massentourismus politisch meist erwünscht sind, wird die Mobilität menschlicher Arbeit häufig erschwert. Die wachsende weltweite Migration, die meist eine Folge erdrückender Armut ist und vielfach illegal erfolgt, schafft nämlich in den Wohlstandsgesellschaften nicht geringe Probleme.

Von dieser Entwicklung sind Frauen besonders betroffen, was weitreichende Auswirkungen auf ihre Familien und zumal ihre Kinder hat. Immer mehr Frauen aus Asien, Afrika, Lateinamerika und Osteuropa sind nicht nur Opfer von Sextourismus und Frauenhandel, sondern sehen sich auch gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und an anderen Orten oder im Ausland nach Arbeit zu suchen, um ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Die Feminisierung der Armut hat somit zu einer Feminisierung der Migration geführt, was viele für eine Folgeerscheinung der Globalisierung der Wirtschaft halten. Frauen verrichten fast überall schlecht oder nicht bezahlte Arbeit, was wesentlich durch ihre Diskriminierung im

Bildungsbereich verursacht ist. Sie leiden überdies häufig unter besonders schlechten Arbeitsbedingungen. Die Möglichkeit schneller Verlagerungen von Produktionsstandorten und der internationale Druck auf Lohnkosten, was durch die Globalisierung noch verstärkt wird, geht somit zu einem erheblichen Teil zu Lasten der Frauen.

3. Auswirkungen der Globalisierung

3.1 *Wirtschaftliche Auswirkungen der Globalisierung*

3.1.1 Auswirkungen der Globalisierung auf die Gütermärkte

Bei den Auswirkungen der Globalisierung auf das Wachstum von Gütermärkten muß man unterscheiden zwischen kurzfristigen Allokationseffekten (bei gegebener Ressourcenausstattung der jeweiligen Länder) und langfristigen Wachstumseffekten, die durch strukturelle Veränderungen ausgelöst werden. Vorherrschende Meinung unter Ökonomen ist, daß die im Zuge der Globalisierung feststellbare Tendenz in Richtung Freihandel zu einer Wohlstandssteigerung in den beteiligten Volkswirtschaften führt, vorausgesetzt, daß die Mobilität der Produktionsfaktoren gesichert ist und keine negativen Störfaktoren anderer Art auftreten. Der Einsatz von Ressourcen wird effizienter, und die Chancen für Wirtschaftswachstum erhöhen sich. Es gibt aber auch Konstellationen, die Wohlstandsminderungen zumindest für Teile der Bevölkerung verursachen können. So kann Freihandel für einzelne Länder auch zu Verlusten führen, wenn bestimmte Produktionsbereiche verlagert werden und dadurch die Zahl der Arbeitsplätze zurückgeht. Wenn einzelne Länder bzw. ihre wirtschaftlichen Akteure sich im Rahmen des internationalen Handels auf den Export weniger Güter (vor allem Rohstoffe oder einfachste Vorprodukte) beschränken, wird eine breite und diversifizierte Wirtschaftsentwicklung verhindert. Manche Volkswirtschaften haben allerdings aufgrund sehr ungünstiger Ausgangsbedingungen wenig Alternativen.

Es ist eine historische Erfahrung, daß unter den Entwicklungsländern exportorientierte Volkswirtschaften deutlich höhere Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts erzielen konnten als binnenwirtschaftlich orientierte Länder. Betrachtet man die Globalisierung hauptsächlich als einen Prozeß zunehmender außenwirtschaftlicher Öffnung, so läßt sich daraus der Schluß ziehen, daß die

Globalisierung tendenziell wachstumsfördernd wirkt. Für die positive Auswirkung des Offenheitsgrads eines Landes auf seine Wachstumsrate bieten sich verschiedene Erklärungsansätze an. Zum einen vergrößert der Abbau von Handelshindernissen den Markt, zumal wenn es sich um kleine Länder handelt, und schafft die Möglichkeit der Produktion in größeren Stückzahlen. Heimische Unternehmen können durch Verkäufe ins Ausland expandieren. Diese Gründe sprechen gegen die Strategie einer dauerhaften Importsubstitution. Zum anderen haben außenwirtschaftlich orientierte Volkswirtschaften intensiveren Kontakt zu ausländischen Unternehmen und lernen daher mehr und schneller über technologische Verbesserungen und innovative Produkte, die aus dem Ausland kommen, als relativ geschlossene Ökonomien. Dies ist eine wichtige Quelle von Produktivitätssteigerungen, die das Wirtschaftswachstum beschleunigen.

Wenn also im Zuge der Globalisierung in erheblichem Umfang Sachkapital in die Entwicklungs- und Transformationsländer strömt und Technologietransfer stattfindet, so kann dies positive Wachstumseffekte und eine Zunahme des Volkseinkommens auslösen. Die Bildung von Sach- und Humankapital sowie die Anwendung neuen Wissens sind nämlich zentrale Wachstumsfaktoren. Für viele Länder bieten daher ausländische Direktinvestitionen eine große Chance. Dies kann außerdem zu einer Annäherung der Einkommensverhältnisse zwischen reichen und ärmeren Ländern führen, wie die Entwicklung innerhalb der Europäischen Union zeigt. Für die Mehrzahl der – vor allem ärmeren – Entwicklungs- und Transformationsländer trifft dies bisher jedoch nicht zu, weil es an entsprechenden Rahmenbedingungen und einer ausreichenden Marktgröße fehlt, die den Zufluß fremden Kapitals und Know-Hows und seine produktive Verwendung unterstützen. Hinzu kommt, daß ihr Mangel an Humankapital ihnen deutliche Grenzen setzt, schon kurzfristig wirtschaftliches Wachstum allein auf der Basis ihrer Eigenanstrengungen zu erreichen. Es gibt allerdings auch Hindernisse auf Seiten der Industrieländer und ihrer Unternehmen, wenn sie etwa den Zugang zu Technologien, Patenten und Lizenzen erschweren.

3.1.2 Auswirkungen der Globalisierung auf die Finanzmärkte

Auf den Finanzmärkten ist davon auszugehen, daß eine fortschreitende Liberalisierung des Kapitalverkehrs die Markteffizienz verbessert. Wenn die auf eine angemessene Risikovorsorge der Finanzinstitutionen zielende Regulierung der letzten Jahre konsequent weiterentwickelt wird, kann ein Abbau von Kapitalverkehrskontrollen mit Augenmaß dazu

beitragen, daß Ersparnisse weltweit in ihre produktivste Verwendung fließen. Dies könnte einen Wachstumsprozeß beschleunigen, der es ermöglicht, die Differenzen im Pro-Kopf-Einkommen zwischen relativ reichen und armen Nationen zu verringern. Gleichzeitig führen die Öffnung der Kapitalmärkte und der verstärkte Wettbewerb auf ihnen sowohl zu verbesserten Anlagemöglichkeiten für Sparer als auch zu niedrigeren Kosten für Kreditnehmer. Dies schafft positive Sparanreize für Haushalte und sinkende Kapitalkosten für Unternehmen, was zu weiterem Wachstum beitragen kann. Aus dieser Perspektive ist es zweifellos positiv zu bewerten, daß seit einigen Jahren in großem Umfang Nettokapitalströme in mehrere Entwicklungsländer mit Kapitalmangel geflossen sind.

Gleichwohl ist die Integration der Entwicklungsländer in die internationalen Finanzmärkte auch mit erheblichen Risiken verbunden. Aufgrund der Finanzkrisen der letzten Jahre, gerade auch in Ostasien, plädieren viele Ökonomen daher heute für eine vorsichtigere Öffnung der Entwicklungs- und Transformationsländer für die internationalen Finanzströme, wobei das Entwicklungsniveau der Volkswirtschaft insgesamt und des heimischen Finanzsystems im besonderen zu beachten sind. Notwendig ist vor allem eine effiziente Bankenaufsicht, welche die Übernahme von Risiken beobachtet und deren Begrenzung erzwingen kann. Ferner müssen private Banken der Aufgabe, ihre Kreditnehmer zu kontrollieren, gewissenhaft nachkommen.

Zu den Risiken, die mit einer Integration in das internationale Finanzsystem verbunden sind, gehört erstens, daß hohe Nettokapitalimporte in Entwicklungs- oder Transformationsländer die Tendenz einer realen Aufwertung ihrer Währungen verstärken können. Dies verringert die Exportmöglichkeiten und beeinträchtigt die Chancen heimischer Unternehmen, auf den Binnenmärkten den Wettbewerb mit Importprodukten zu gewinnen.

Die zunehmende Auslandsverschuldung kann, zweitens, die Stabilität der Bankensysteme mindern und damit den Handlungsspielraum der Zentralbanken verringern. Sind die Zahlungsansprüche der auswärtigen Kapitalgeber in Fremdwährungen notiert, dann führt jede Abwertung eines Empfängerlands zu einer Erhöhung des Schuldendienstes (in heimischer Währung gerechnet) und zu einem Wertanstieg der Schulden. Sind sie in heimischer Währung notiert, so kann die Zentralbank des Schuldnerlandes zwar grundsätzlich bei

Abwertungserwartungen auf den Devisenmärkten versuchen, durch eine Hochzinspolitik das importierte Kapital im Land zu halten. Weil aber die Fristentransformation, d.h. kurzfristige Verschuldung bei langfristigen eigenen Zahlungsansprüchen, für das Geschäft der privaten Banken wesentlich ist, bedroht eine ausgeprägte Hochzinspolitik ebenfalls die Stabilität des heimischen Bankensystems und ist daher wenig glaubwürdig. Damit wird eine Währungskrise wahrscheinlich, welche die Erfolge jahrelanger Entwicklungsanstrengungen in kurzer Zeit zunichte machen kann. Hinzu kommt das Risiko einer fiskalpolitischen Klemme: Im Fall einer Währungskrise muß die Regierung des betroffenen Landes eigene Schulden in Fremdwährung bedienen und für die von ihr garantierten Verbindlichkeiten jener inländischen Privatschuldner (meist Unternehmen) einstehen, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind. Damit verringert sich auf jeden Fall auch der sozialpolitische Handlungsspielraum der betroffenen Regierungen.

Die Währung wirtschaftlich schwächerer Länder ist besonders dann für spekulative Angriffe und damit für eine übertriebene Abwertung anfällig, wenn, drittens, das einfließende Kapital vorwiegend aus kurzfristig kündbaren Portfolio-Investitionen besteht. Dies kann zu einem gefährlich schnellen Anstieg von Kapitalabflüssen führen, was auch dann der Fall sein kann, wenn auswärtige Anleger hohe Kredite in solchen Ländern aufnehmen und das erworbene Geld dieser Länder gegen Hartwährungen tauschen. Diese Anleger setzen darauf, daß sie, falls die erwartete Abwertung tatsächlich eintritt, bei Fälligkeit ihrer Kredite weniger Geld in harter Währung zahlen müssen, als sie zuvor durch Umtausch der aufgenommenen Kredite erhalten haben. Gegen solche Spekulationen sind viele Zentralbanken letztlich machtlos, weil sie das von den Anlegern gewünschte Geld in Hartwährung nur begrenzt bereitstellen können, nämlich im Umfang ihrer Devisenreserven zuzüglich erhaltener Zahlungsbilanzkredite.

Die Risiken hoher Nettokapitalimporte dürften schließlich dann die Chancen eindeutig übersteigen, wenn, viertens, mit dem einfließenden Kapital nicht Sachinvestitionen, sondern Käufe bestehender Immobilien oder bereits früher emittierter Finanztitel finanziert werden. Das ausländische Kapital kann dann das Wachstum einer spekulativen Preisblase auf den Vermögenmärkten beschleunigen, mit dem eine zunehmende Verschuldung der inländischen Anleger einhergeht. In diesem Fall bleiben, sobald die spekulative Blase platzt, im Inland überschuldete Akteure zurück. Weil damit auch das Vertrauen in das inländische Bankensystem schwindet, kann, wie in Südostasien, eine plötzliche Baisse auf

überhitzten Vermögensmärkten zu einem massiven Abzug von Kapital und damit zu einer Währungskrise führen bzw. sie verstärken.

3.1.3 Auswirkungen der Globalisierung auf die Arbeitsmärkte

Bei einer ausschließlich produktionsorientierten Betrachtungsweise werden die Verteilungswirkungen innerhalb der betrachteten Volkswirtschaft vernachlässigt. Diese sind jedoch für eine Beurteilung des gegenwärtigen Prozesses der Globalisierung von erheblicher Bedeutung, weil nicht alle in gleichem Maße von ihr profitieren. Vielmehr gibt es sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungs- und Transformationsländern Bevölkerungsgruppen, die zu den Verlierern der Globalisierung zu zählen sind. Bei der Analyse dieses Tatbestands ist jedoch stets zwischen ursächlichen und nur verstärkenden Faktoren zu unterscheiden.

Nach derzeitigem Erkenntnisstand über langfristige Entwicklungsprozesse sind die Bildung von Kapital und der Wissensfortschritt die entscheidenden Voraussetzungen für Wachstum. Vor allem die Bildung von Humankapital und infolgedessen der Ausbildungsstand der Arbeitskräfte sind für eine günstige wirtschaftliche Entwicklung bestimmend. Die immer wichtigere Rolle des Humankapitals verringert jedoch in gleichem Maße die Bedeutung der ungelerten Arbeit. Diese Verschiebung von ungelerner zu qualifizierter Arbeit wirkt sich freilich unterschiedlich auf die Menschen in den verschiedenen Regionen der Welt aus.

In den *Industrieländern* führt die Dynamik des wirtschaftlichen Wachstums dazu, daß immer weniger ungelerte Arbeit zum Einsatz kommt, während die Nachfrage nach qualifizierten und hochwertig ausgebildeten Arbeitskräften (also Humankapital) und damit deren Einkommensposition ständig zunimmt. Dieser Prozeß wird durch die Globalisierung verstärkt. Langfristig wird er auch auf die Entwicklungs- und Transformationsländer übergreifen, weil sie den Zugang aller Länder zu den neuen Technologien, die diesen Verteilungseffekt bewirken, erleichtert. Gleichzeitig verschiebt sich die Nachfragestruktur stärker hin zu kapitalintensiv hergestellten Gütern. Daraus resultiert eine tendenzielle Spaltung der Arbeitsmärkte, die voraussichtlich die Einkommensschere zwischen gelernten und ungelerten Arbeitskräften immer weiter öffnen wird.

Begreiflicherweise sind es in den Industrieländern vor allem gering qualifizierte Arbeitnehmer, die den Eintritt bisher weniger entwickelter Länder in die globale Arbeitsteilung als Bedrohung wahrnehmen. Es besteht in der Tat die Gefahr, daß diese Bevölkerungsgruppen nicht an den Wohlfahrtssteigerungen durch die Globalisierung partizipieren werden bzw. sogar eine Verschlechterung ihrer Position hinnehmen müssen.

Eine Reaktion auf den Bedeutungsverlust niedrig qualifizierter Arbeit ist eine stärkere Lohndifferenzierung. Wenn diese Entwicklung nicht durch Transfereinkommen an Beschäftigte im Niedriglohnbereich flankiert wird, kommt es zu einer starken Zunahme der Einkommensunterschiede. Falls man jedoch versucht, die Arbeitseinkommen gering qualifizierter im Vergleich zu dem gut ausgebildeter Arbeitskräfte hoch zu halten, verstärkt sich die Tendenz, daß arbeitsintensive Produktionen in Länder mit geringeren Lohnkosten abwandern. Werden die ergänzenden Transfereinkommen für die im Niedriglohnsektor Beschäftigten durch Steuern und Abgaben auf Arbeitseinkommen finanziert, so besteht die Gefahr einer Zunahme der Schwarzarbeit. Dies würde – zusammen mit den Möglichkeiten transnationaler Unternehmen, Steuern zu umgehen – die bisherige Steuerbasis des Staates aushöhlen. Wenn es gelingt nicht, andere Steuerquellen zu erschließen, würde damit der Finanzierungsspielraum für soziale Ausgleichsmaßnahmen erheblich eingeengt.

In den *Entwicklungs- und Transformationsländern* wird durch die Globalisierung der Strukturwandel hin zu einer modernen und international wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft beschleunigt. Zumindest in der dafür notwendigen Anpassungszeit werden viele traditionell wirtschaftende Betriebe dem Wettbewerbsdruck nicht standhalten können. Dadurch wird es zu Zusammenbrüchen und in deren Folge zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen. Erst wenn sich die Wirtschaft längerfristig an die globalen Bedingungen angepaßt hat, besteht eine gute Chance, mehr Beschäftigung und höhere Einkommen zu erzielen, als es ohne Globalisierung der Fall wäre. Die Möglichkeit, von dieser positiven Entwicklung zu profitieren, steigt mit wachsender Bildung und beruflicher Qualifikation. Menschen mit niedrigem Ausbildungsstand gehören folglich auch in diesen Ländern eher zu den Verlierern der Globalisierung, zumindest aber profitieren sie nur in geringem Maß von ihr.

Für die Betroffenen zeichnet sich somit eine Art Teufelskreis ab, dem sie nur entkommen können, indem sie ihren Ausbildungsstand erheblich verbessern. Diesen

Anstrengungen sind allerdings Grenzen gesetzt. Das Phänomen einer umfangreichen Arbeitslosigkeit kann daher zu einem Dauerproblem globalisierter Volkswirtschaften werden. Plakativ ausgedrückt: Die Ungelernten, die schon heute am meisten von Armut betroffen sind, können noch mehr die Armen von morgen sein.

3.2 *Ökologische Auswirkungen der Globalisierung*

3.2.1 *Ökologische Gewinne und Verluste*

Neben den sozialen sind vor allem die ökologischen Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Integration und der zunehmenden Vernetzung von Gesellschaften von weitreichender Bedeutung. Die fortschreitende Globalisierung bedingt einen deutlichen Anstieg der Waren- und Verkehrsströme, was die Belastung der natürlichen Umwelt spürbar erhöht. Hauptgrund für das ungebremste Wachstum der Güter- und Personentransporte ist die Tatsache, daß die Transportkosten im wesentlichen durch Energiepreise bestimmt sind. Diese spiegeln jedoch nicht in vollem Umfang die Umweltkosten des Verbrennens fossiler Energieträger wieder. Die betriebswirtschaftlichen Transportkosten, die in die Handels- bzw. Standortentscheidungen einfließen, sind damit im Vergleich zu den tatsächlich verursachten Kosten zu niedrig. Daraus resultiert ein "zu großes Ausmaß" an Globalisierung. Die angenommenen Wohlfahrtseffekte sind also überhöht, solange die Umweltkosten der Energienutzung nicht in die Transportkosten einbezogen sind. Ein erheblicher Teil der statistisch errechneten Effizienzgewinne ist somit das Ergebnis verzerrter Preise.

Außerdem besteht die Gefahr, daß schadstoffintensive Produktionsstätten aus Industrieländern mit strengen Umweltauflagen in Entwicklungs- oder Transformationsländer verlagert werden, die in dieser Hinsicht nachlässiger sind. Dies mag in einigen Fällen zutreffen, empirische Belege für einen allgemeinen Trend zu einer solchen Industrie- und Standortflucht gibt es jedoch nicht. Möglicherweise sind die umweltschutzbedingten Kosten in den Industrieländern oft nicht so hoch, daß sie einen Verzicht auf hochqualifizierte Arbeitskräfte und eine gute Infrastruktur ausgleichen und damit eine Standortverlagerung rechtfertigen würden. Überdies stellt eine hohe Umweltqualität für einige Unternehmen bei der Standortwahl sogar ein positives Kriterium dar, weil sie die Einstellung qualifizierter Arbeitskräfte erleichtert bzw. für die Produktqualität direkt bedeutsam ist. Auch der internationale Müllhandel und besonders die Entsorgung von Giftmüll in Entwicklungs- und Transformationsländern belasten die Umwelt. Derartige Transfers sind heute allerdings aufgrund internationaler Abkommen in der Regel illegal, weshalb auch ihr Umfang nur schwer abzuschätzen ist.

Andererseits hat die Globalisierung auch positive Umwelteffekte. Zu diesen gehört, daß die verstärkte Internationalisierung des Handels die Verbreitung

umweltschonender Produkte und Technologien fördert. Abgesehen von dem direkten positiven Einfluß auf die Umwelt ist dies vor allem für solche Länder von Vorteil, deren Industrien für Umweltschutztechnik – nicht zuletzt aufgrund strenger gesetzlicher Regelungen – zu den Weltmarktführern zählen. Eine im Hinblick auf ökologische Ziele sensible Wirtschaftspolitik führt also nicht grundsätzlich zu Nachteilen und Produktionseinbußen. Vielmehr kann die Umweltpolitik die Wettbewerbsposition des betreffenden Landes verbessern, wenn sie Anreize für Innovationen schafft, welche die Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren beschleunigt. Außerdem läßt sich auch darauf verweisen, daß der Prozeß der Globalisierung auf die Welt als Einheit ausgerichtet ist. Möglicherweise trägt er daher dazu bei, das Bewußtsein für globale ökologische Herausforderungen und Bedrohungen zu schärfen. Wenn dies den politischen Druck für umweltpolitische Maßnahmen erhöht, dann hat Globalisierung auch auf diese Weise einen positiven Umwelteffekt.

Schließlich ist auch der indirekte, durch das Wachstum des Weltsozialprodukts bedingte Einfluß der Globalisierung auf die Umwelt zu berücksichtigen. Nach weit verbreiteter Meinung hat wirtschaftliches Wachstum unvermeidlich negative ökologische Auswirkungen, weil der Wachstumsbeitrag der Globalisierung auch die Belastung der Umwelt in jedem Fall erhöhe. Dies wird vor allem mit negativen externen Effekten im Umweltbereich begründet, die zu einer Verschwendung knapper natürlicher Ressourcen führen. Bei der ökologischen Einschätzung des Wachstums ist jedoch zu beachten, daß mit wachsendem Pro-Kopf-Einkommen in der Regel auch die Nachfrage nach höherer Umweltqualität steigt. Zudem gibt es nicht nur wachstums-, sondern auch armutsbedingte Umweltzerstörung. So ist z.B. die Abholzung in der Dritten Welt zu einem nicht geringen Teil eine Folge der Notlage verarmter und landloser Bauern, die durch Brandrodung ein Stück Land für ihren Lebensunterhalt gewinnen wollen, aber auch des Schuldendrucks, den die betroffenen Länder durch den Export devisenträchtiger Hölzer zu verringern suchen.

Zusammenfassend ist davon auszugehen, daß Wirtschaftswachstum, solange es mit höherem Schadstoffausstoß und mehr Ressourcenverbrauch verbunden ist, zur Umweltzerstörung beiträgt. Andererseits kann es aber auch die Fähigkeit und die Bereitschaft einer Volkswirtschaft vergrößern, für höhere Umweltqualität zu sorgen. Außerdem ist selbst eine konsequente und sozial vertretbare ökologische Umsteuerung der Wirtschaft aufgrund der damit verbundenen Umstellung des Produktionsapparates nur in Verbindung mit Wirtschaftswachstum möglich.

Insofern hängt es zu einem erheblichen Teil von der Art des Wachstums und von der Umweltpolitik in den einzelnen Ländern weltweit ab, welche Belastungen oder Entlastungen der Umwelt als Folge der Globalisierung letztlich entstehen.

3.2.2 Verbreitung westlicher Produktions- und Konsummuster

Medien, Importgüter, Tourismus und kommerzielle Werbung wecken weltweit den Wunsch nach einem Leben in Wohlstand, wie er heute in den westlichen Industrieländern der großen Mehrheit der Bevölkerung selbstverständlich geworden ist. Die gegenwärtigen Produktions- und Konsummuster in diesen Ländern sind allerdings im Vergleich zu den meisten Entwicklungs- und Transformationsländern mit einem vielfachen Pro-Kopf-Verbrauch an Energie, mineralischen Rohstoffen und anderen natürlichen Ressourcen verbunden. Ebenso tragen sie überproportional zur globalen Erwärmung durch Treibhausgase bei. In den ärmeren Ländern ist es bisher nur einer kleinen Minderheit möglich, diesen ressourcenaufwendigen Lebensstil zu übernehmen. Aber auch die große Mehrheit der Bevölkerung dieser Länder strebt nach einem höheren Wohlstand und materiellen Lebensverhältnissen, die denen in den Industrieländern vergleichbar sind. Dieser Anspruch läßt sich kaum mit guten Gründen zurückweisen, solange die reichen Länder einen solchen Lebensstil für legitim halten. Eine rasche nachholende Entwicklung in einer größeren Zahl von Entwicklungs- und Transformationsländern würde jedoch weltweit zu einem starken Anstieg des Verbrauchs an natürlichen Ressourcen sowie der Umweltbelastung und damit zu möglicherweise nicht mehr bewältigbaren ökologischen Problemen führen – jedenfalls wenn die heutigen Produktions- und Konsummuster der westlichen Industrieländer einfach übernommen würden.

Die Folge einer solchen Entwicklung wäre ein starker Anstieg der Nachfrage nach Rohstoffen. Die damit gegebenen Preissteigerungen würden unterschiedliche ökonomische Auswirkungen haben. In Industrie- und Schwellenländern würde der Wettbewerb vermutlich Innovationen auslösen, ähnlich wie die Ölpreissteigerungen der 70er Jahre, die zu Änderungen im individuellen Verhalten (Energiesparen), zu höherer Energieeffizienz, zum Einsatz alternativer Energieträger, zur Erschließung neuer Lagerstätten sowie zu einer weitreichenden Umstellung von Produktionsstrukturen geführt haben. Vor allem sehr arme Entwicklungsländer, die auf Erdöl als einem billigen und

vielseitig nutzbaren Energieträger angewiesen sind, könnten in eine fast ausweglose Lage geraten. Zum einen würden sie vermutlich über zu wenig Deviseneinnahmen verfügen, um die erhöhten Preise für die unverzichtbaren Ölimporte zu bezahlen, zum anderen wären sie auch nicht imstande, alternative Energiequellen zu erschließen. In diesem Fall könnten sie sich gezwungen sehen, z.B. die Abholzung von Wäldern zu intensivieren, auch wenn dies sie selbst längerfristig in den ökologischen Ruin treiben und zugleich den globalen Treibhauseffekt verstärken würde.

Ein breiter Wachstumsprozeß in den bisher weniger entwickelten Ländern wird daher unter den gegenwärtigen Produktions- und Konsumbedingungen zu verschärften globalen Verteilungskonflikten um knappe Ressourcen und begrenzte Kapazitäten für die Aufnahme von Schadstoffen und Abfällen führen. Ohne grundlegende weltweite Strukturreformen mit dem Ziel, die Dynamik des Marktes für ein umweltverträgliches Zivilisationsmodell zu nutzen, hat die Verbreitung westlicher Produktions- und Konsummuster also verheerende Folgen. Eine besondere Verantwortung für solche Reformen tragen die Industrieländer.

3.3 Sozio-kulturelle Auswirkungen der Globalisierung

3.3.1 Pluralisierung als Folge der Globalisierung

Das Leitbild des individualistischen und konsumorientierten Zivilisationsmodells des Westens steht in manchen Bereichen im Konflikt mit den Weltbildern und Werten anderer Kulturkreise, die meist religiös tief verwurzelt sind. Von nicht wenigen Menschen wird es wegen seiner Dominanz als Bedrohung im Sinne eines Kulturimperialismus empfunden. Aus Enttäuschung darüber, daß der durch die Werbung verheißene Segen der Globalkultur nicht eingelöst wurde, oder aus Widerstand gegen eine kommerziell bestimmte Welteinheitskultur, der aus unterschiedlichen Quellen genährt wird, erwachsen vielfältige, mehr oder weniger gegenläufige Bewegungen in Form von religiösen, kulturellen, nationalen oder ethnischen Partikularismen. Diese können, etwa bei indigenen Völkern, zu einer geschichtlichen Selbstbesinnung führen, die dazu beitragen kann, sich nicht blind dem Globalisierungsprozeß zu überlassen. Sie können aber auch in Fundamentalismus und teils sogar blinde Gewalt umschlagen.

Trotz aller Trends zur Vereinheitlichung und Universalisierung wird es daher in absehbarer Zeit keine uniforme Weltkultur geben, vielmehr wird es zu einer Pluralisierung von Werten und Normen kommen, der sich heute keine Gesellschaft mehr entziehen kann. Da Pluralität aber stets überkommene und bisher selbstverständliche Identitäten in Frage stellt, enthält sie unvermeidlich ein nicht geringes Konfliktpotential. Die Vielfalt von Überzeugungen und Werten und ihrer konkreten Ausprägungen ist heute nicht nur ein Merkmal moderner Gesellschaften, sondern betrifft aufgrund der wachsenden weltweiten Interdependenzen auch die Beziehungen zwischen den Gesellschaften und Völkern.

Geradezu symptomatisch für diese Entwicklungen ist das bereits angesprochene Problem weltweiter Migration. Es läßt vor allem in den wohlhabenden Industrieländern die Furcht vor kultureller Überfremdung und die Angst vor Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit durch den Import von politischem Extremismus und schwerster Kriminalität wachsen. Die politische Antwort darauf erschöpft sich immer häufiger in Abwehrmaßnahmen wie der Einschränkung des Asylrechts und der Erschwerung der Aufenthaltsbedingungen durch verschärfte Visabestimmungen und Grenzkontrollen. Die Tendenz zur Abgrenzung wird oft mit dem Verweis auf den Schutz der eigenen kulturellen Identität gerechtfertigt.

3.3.2 Partikularisierung als Gegenbewegung zur Globalisierung

In vielen Regionen der Welt, zumindest aber in bestimmten Lebensbereichen hat die Globalisierung das Gewicht von regionalen Einheiten, Ethnien, Kulturen und Religionen wachsen lassen, was meist mit dem Begriff der Partikularisierung umschrieben wird. Dieser Rückzug in die überschaubare eigene Lebenswelt hat zu einer Aufsplitterung in eine Vielfalt von Identitäten geführt. Daraus ist ein beträchtliches Konfliktpotential entstanden. Nicht selten werden jedoch sozio-kulturelle Traditionen und Spannungen auch für ganz andere Zielsetzungen wie den Erhalt politischer und wirtschaftlicher Macht instrumentalisiert.

Dies ist eine Erklärung dafür, daß die innerstaatlichen Auseinandersetzungen verbunden mit schweren Menschenrechtsverletzungen seit 1993 deutlich zugenommen haben, während die Zahl der bewaffneten zwischenstaatlichen Konflikte zurückgegangen ist. In einigen Regionen, insbesondere in Afrika, in Südasien, auf dem Balkan sowie in Teilen der ehemaligen Sowjetunion haben sie sogar ein bedrohliches Ausmaß erreicht. Vorwiegende Ursache für diese Kon-

flikte, die in einigen Fällen zum Auseinanderbrechen von Nationalstaaten geführt haben, sind ethnisch-religiöse oder nationalistische Spannungen sowie fundamentalistische Bewegungen, also partikularistische Strömungen, denen oft eigentlich soziale Konflikte zugrunde liegen.

Eine Instrumentalisierung von Kultur aus politischen Interessen läßt sich auch jenen Szenarien vorwerfen, die nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes entworfen worden sind und in deren Zentrum die Rivalität der Kulturen steht. Besonders viel öffentliches Interesse fand die These vom Kampf der Kulturen, nach der künftige (gewaltsame) Konflikte und damit die Weltpolitik insgesamt nicht mehr von Nationalstaaten, sondern vom Zusammenprall kulturell klar abgegrenzter Blöcke bestimmt sein werden.

Solche Szenarien sind aufgrund ihrer inhaltlichen Verkürzung äußerst umstritten. Außerdem mißachtet die einseitige Hervorhebung der kulturellen Differenzen die Tatsache, daß es zahlreiche Beispiele für ein friedliches Neben- und Miteinander verschiedener Kulturen auf der Basis wechselseitiger Akzeptanz der Unterschiede gibt. Die ethnische, kulturelle und religiöse Differenzierung ist eine nicht bestreitbare Besonderheit menschlicher Gemeinschaften, die man weder tabuisieren noch idealisieren sollte. Die Begegnung und der Austausch verschiedener Kulturen birgt aber nicht nur Risiken in sich, sondern bietet auch die Chance gegenseitiger Bereicherung und gemeinsamen Handelns im Hinblick auf globale Probleme. Eine friedliche Bewältigung solcher sozio-kultureller und damit auch normativer Konflikte verlangt daher an erster Stelle eine nüchterne Analyse der jeweiligen Trennlinien und Interessen, um von hierher konstruktive Lösungsansätze zu suchen, die von gegenseitiger Toleranz geprägt sind.

3.3.3 Religionsgemeinschaften als globale Akteure

Globalisierung ist keineswegs ein Phänomen, das auf die Religionen nur von außen zukommt. Sie ist vielmehr geradezu ein konstitutives Merkmal aller Weltreligionen, die sich – wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten – alle als weltweite Gemeinschaften mit einem universalen Auftrag verstehen. Dies gilt ganz besonders für die katholische Kirche, die sich von ihrem Ursprung und von ihrer Sendung her schon immer als Weltkirche verstanden hat und die als solche ein weit älterer globaler Akteur ist als alle transnationalen Unternehmen. In der Geschichte der

Mission mit ihren positiven wie negativen Seiten kommt dies besonders deutlich zum Ausdruck.

Der heutige Prozeß der Globalisierung schafft für die Religionsgemeinschaften einen neuen Kontext, weil er weltweite Präsenz und Aktivitäten erleichtert. Dies hat freilich auch einen kaum überschaubaren globalen Markt der Religionen entstehen und sich ausbreiten lassen, auf dem höchst unterschiedliche Gruppen, Bewegungen und Organisationen ihre Glaubensvorstellungen, Weltanschauungen und Produkte als neue Religionen oder unter ähnlichen Namen anbieten. Die traditionellen Religionsgemeinschaften befinden sich damit in einer neuen, vielfach ungewohnten Konkurrenzsituation. Umgekehrt impliziert dies für alle Weltanschauungen und Religionen fast unvermeidlich, daß viele Grundprobleme der Globalisierung, vor allem die Pluralisierung und Partikularisierung, auch Probleme ihrer inneren Strukturen sind. Auch darum werden die interreligiösen Beziehungen von immer größerer Bedeutung.

Im Unterschied zu den Hauptakteuren der Globalisierung, deren vorrangiger Bezugspunkt die Industrieländer sind, haben die nichtchristlichen Religionen ihre Mitglieder und Anhänger vor allem in der Dritten Welt. Auch der Schwerpunkt der katholischen Kirche hat sich zumindest statistisch inzwischen in den Süden verlagert – mehr als in anderen christlichen Kirchen. Die Tatsache, daß alle diese Religionen ihren Ursprung nicht im westlichen Kulturkreis, sondern in Asien haben, kann vielleicht dazu beitragen, daß die Religionen weniger in Gefahr sind, sich den Modetrends der Globalisierung mit ihren primär westlichen Leitbildern anzupassen, sondern unter Bezug auf andere Formen globalen Denkens eine kritische und zugleich kreative Rolle spielen.

3.4 Auswirkungen der Globalisierung auf die Politik

Die Globalisierung ist schließlich auch unter politischer Rücksicht ein sehr ambivalentes Phänomen. Die Auflösung und der Zerfall des kommunistischen Machtblocks und das Ende des kalten Krieges im Jahr 1989 haben vielerorts die Hoffnung genährt, daß sich durch den Prozeß der Globalisierung auch das westliche Gesellschaftsmodell weltweit verbreiten würde und seine zentralen Errungenschaften wie Menschenrechte und Demokratie universalisiert werden würden. Auch hoffte man, daß mit der Vermehrung und Verdichtung wechselseitiger Be-

ziehungen das Bewußtsein und die Verantwortung für globale Herausforderungen wie die Umweltprobleme oder das Wachstum der Weltbevölkerung zunehmen würden. Manche dieser Hoffnungen haben sich bestätigt, andere wurden schnell durch die Realität eingeholt.

3.4.1 Abnahme und Wandel des Einflusses nationalstaatlicher Politik

Die Globalisierungsprozesse, die auf die Welt als Einheit ausgerichtet sind, vermindern das Gewicht und den politischen Handlungsspielraum der Nationalstaaten, die bisher die Basis gesellschaftlicher und politischer Entwicklung darstellten. Einzelne gesellschaftliche Bereiche, besonders die Wirtschaft, verselbständigen sich zunehmend gegenüber nationalstaatlicher Politik und bilden neue, grenzüberschreitende Verbindungen. Dies hat durchaus auch positive Folgen, insofern es einem blinden Nationalismus Grenzen setzt und den politischen Wettbewerb verstärkt. Andererseits fördert dies aber auch einen Prozeß der Entterritorialisierung. Wenn dem nicht entgegen gesteuert wird, hat dies tendenziell zur Folge, daß wichtige Aufgaben (z.B. Wettbewerbs- und Sozialpolitik), die bisher flächendeckend von Regierungen wahrgenommen wurden, zunehmend von ihnen vernachlässigt werden. Die wachsende Macht transnationaler Unternehmen führt dazu, daß die Nationalstaaten gegeneinander ausgespielt und erpreßbar werden. Das politische Handeln bleibt somit hinter dem globalen Integrationsprozeß der Wirtschaft zurück.

Da der Einfluß der Nationalstaaten bei der Lösung globaler wie global verursachter Probleme schwindet, wird inzwischen auch das Konzept der nationalstaatlichen Souveränität, auf dem die Weltpolitik bisher beruhte, in Frage gestellt. Allerdings sind bisher an die Stelle nationalstaatlicher Politik kaum international verbindliche Institutionen und Maßnahmen getreten. Zudem sollte man sich davor hüten, vorschnell von einem Ende der Nationalstaaten zu sprechen, da diese wohl noch lange Zeit in einer wie immer gestalteten Struktur internationaler Beziehungen eine wichtige Rolle spielen werden. Obwohl die Handlungsmöglichkeiten der Einzelstaaten durch die Globalisierung abgenommen haben und sich damit auch die nationale Politik verändert hat, werden sie doch zumindest für lokale und regionale Probleme weiter zentraler Bezugspunkt sein.

3.4.2 Nationaler Demokratieabbau und Schwäche internationaler Politik

Eine der großen Errungenschaften der Neuzeit in der westlichen Welt sind demokratische Staatsformen. Demokratien sind aber bisher an Nationalstaaten gebunden, deren Gestaltungsspielraum tendenziell abnimmt, weil sie im Zuge der Globalisierung wichtige Kompetenzen an übernationale Institutionen abgeben. Diese sind jedoch bisher häufig nicht oder nur schwach demokratisch legitimiert. Verstärkt wird die Gefahr einer Aushöhlung der Demokratie dadurch, daß die Bereitschaft zur Übernahme von öffentlicher Verantwortung, auf der jede Demokratie aufbaut, in den westlichen Gesellschaften zurückzugehen scheint. Dies liegt auch daran, daß die Politik immer mehr vom ökonomischen System bestimmt wird, so daß politische Werte und Ziele eine untergeordnete Rolle spielen.

Aufgrund des Konkurrenzdrucks, der durch die globalen Interdependenzen zunimmt, besteht zudem die Gefahr, daß sich die nationalstaatliche Politik ihrer Verantwortung unter Hinweis auf internationalen Abstimmungsbedarf entzieht, auch wenn ihr eigentlich genügend Handlungsspielraum bleibt, wie etwa die Diskussion um die Energiebesteuerung zeigt. Verstärkt werden solche Tendenzen durch den enormen Einfluß der Medien, die auch über die Politik primär unter der Rücksicht von Einschaltquoten berichten. Dies mindert die politische Glaubwürdigkeit und trägt zur Politik- und Staatsverdrossenheit in der Bevölkerung bei.

Während die Tendenz zu Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung weltweit ungebrochen ist, sind gleichzeitig erhebliche Defizite der supranationalen Politik festzustellen, die vor allem in jenen Bereichen spürbar und folgenreich sind, in denen die nationalstaatliche Politik an Gewicht und Handlungsfähigkeit verliert. Wenn auch supranationale Institutionen wie das System der Vereinten Nationen an Bedeutung gewinnen, so sind sie doch in ihrer derzeitigen Konzeption noch nicht imstande, den globalen Wettbewerb durch Rahmenbedingungen und Regeln in eine sozial und ökologisch zuträgliche Richtung zu steuern.

3.4.3 Entstehen einer internationalen Zivilgesellschaft

Angestoßen durch Fehlentwicklungen in Staat und Politik haben sich fast überall auf der Welt zivilgesellschaftliche Bewegungen herausgebildet. Auf der Basis eines demokratischen Selbstverständnisses leisten viele von ihnen einen immer

wichtigeren Beitrag zur politischen Kultur und Steuerung, vor allem durch neue und konstruktive Formen politischen Engagements. Sie sind ein wesentliches Element zur Stärkung der politischen Partizipation. Zivilgesellschaftliche Akteure können den Staat entlasten oder in Ergänzung zu staatlichen Aktivitäten in Bereichen tätig werden, die der Staat bisher nicht oder ungenügend berücksichtigt. Als kritische Kontrollinstanz gegenüber staatlichen Institutionen sind sie aber auch ein wichtiges gesellschaftliches Korrektiv. Angesichts des abnehmenden Einflusses nationalstaatlicher Politik auf internationaler Ebene spielt die grenzüberschreitende Vernetzung und Zusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen eine wichtige Rolle. Die internationale Zivilgesellschaft, die nicht zuletzt aus dem Bewußtsein entstanden ist, daß weltweiten Herausforderungen nur in gemeinsamer, staatenübergreifender Kooperation begegnet werden kann, besitzt damit auch für die Gestaltung der internationalen Politik eine immer größere Bedeutung.

In diesem Zusammenhang sind auch die Religionsgemeinschaften mit ihren vielfältigen Organisationen und Einrichtungen zu nennen, die zumindest in vielen Gesellschaften die wahrscheinlich einflußreichsten zivilgesellschaftlichen Akteure sind. In vielen politischen Systemen, zumal wenn es eine Staatsreligion gibt und sie selbst nur eine Minderheit darstellen, können sie sogar nur zivilgesellschaftlich tätig sein. Dies hat das Bewußtsein wachsen lassen, daß sie in der Regel nur in Zusammenarbeit mit anderen Religionen wie auch mit nicht religiös gebundenen zivilgesellschaftlichen Akteuren imstande sein werden, ihre Ziele zu erreichen. Diese Notwendigkeit ist auch ein wichtiges Motiv für den interreligiösen Dialog.

Umgekehrt bedeutet die wachsende Rolle der internationalen Zivilgesellschaft für hierarchisch strukturierte Institutionen wie die katholische Kirche auch eine große Herausforderung. Pfarrgemeinderäte, kirchliche Verbände oder Basisgemeinden sind zwar im Prinzip zivilgesellschaftlich ausgerichtete Strukturen, die in der Praxis häufig gut funktionieren. Ohne sie könnte die Kirche schwerlich eine so große Rolle im Feld der Nichtregierungsorganisationen spielen. Allerdings stehen diese Strukturen meist auf einer schwachen institutionellen und vor allem rechtlichen Basis.

Trotz dieser positiven Bewertung sollte man sich vor einer idealistischen Überschätzung der zivilgesellschaftlichen Akteure hüten. Die Zivilgesellschaft bietet zwar neue Chancen, sie hat aber auch ihre unübersehbaren Grenzen. Eine

genaue und nüchterne Analyse und Bestandsaufnahme, welche die spezifischen Defizite und Schwächen dieser Akteure nicht ausblendet, kann vielmehr helfen, ihre Wirksamkeit zu verbessern. So erschweren häufig die Vielfalt der Nichtregierungsorganisationen und zum Teil auch die Konflikte zwischen ihnen ein koordiniertes Vorgehen. Mit ihrem wachsenden Einfluß ist auch die Gefahr des Mißbrauchs sowie der Abhängigkeit von staatlichen Interessen gestiegen. Außerdem sind viele von ihnen nicht oder nur bedingt demokratisch organisiert. Zum Teil gehören sie auch zu den gesellschaftlichen Kräften, die partikularistische Konflikte verschärfen. Am folgenreichsten ist vermutlich, daß nicht alle gesellschaftlichen Gruppen in gleicher Weise fähig sind, sich zu organisieren und ihren Interessen Gehör zu verschaffen. Gerade die Armen haben oft besonders hohe Hindernisse zu überwinden, um durchsetzungsfähige Interessenvertretungen zu bilden.

4. Globalisierung - Herausforderungen für die Religionen und die Kirche

Die dargestellten Erscheinungsformen, Folgen und Auswirkungen der Globalisierung gehören heute zu jenen Grundkoordinaten, innerhalb derer die großen Religionen und die Kirche ihre gesellschaftliche Rolle bestimmen, aber auch ihr Selbstverständnis reflektieren müssen. Die damit verbundene Herausforderung ist eine zweifache: Zum einen geht es um die Verantwortung bei der Mitgestaltung der Globalisierung im Dienst der Menschen, zum anderen um die auch theologisch bedeutsame Frage, wie sich die Religionen selbst als weltweite Gemeinschaften und globale Akteure sowie zugleich in sehr unterschiedliche Kulturen eingebundene Gemeinden verstehen und welches Modell von Globalisierung sie selbst dabei darstellen.

Umgekehrt darf man erwarten, daß man von der langen Erfahrung der Religionen in diesem schwierigen Feld lernen kann. Dies gilt sowohl für ihr Ringen um brauchbare Lösungen wie auch für ihre fast unvermeidlichen Fehler. Die Religionsgemeinschaften müssen sich sogar selbstkritisch fragen, inwieweit sie in ihrer heutigen Gestalt so etwas wie ein Vorbild oder Modell für eine menschengerechte Globalisierung sein können. Dies ist nicht zuletzt wichtig für ihre Glaubwürdigkeit im Bemühen um eine humane Globalisierung, denn sie werden sich

nur dann in die öffentliche Diskussion dieser Fragen überzeugend einmischen können, wenn sie die angemahnten Prinzipien auch in ihren eigenen Gemeinschaften zu verwirklichen suchen.

4.1 Mitverantwortung für die Gestaltung der Globalisierung

Eine ureigene und zentrale Aufgabe der Religionen war schon immer und bleibt die ethische Reflexion gesellschaftlicher Entwicklungen, die im Hinblick auf eine politische Steuerung der Globalisierung unersetzbar ist. Die notwendigen internationalen Rahmenbedingungen lassen sich nämlich kaum ohne ein Mindestmaß an globalen ethischen Maßstäben durchsetzen. Vor allem die Religionen mit ihren reichen spirituellen und moralischen Traditionen können dazu beitragen, den weithin vorherrschenden Ökonomismus in der Weltwirtschaft kritisch zu hinterfragen und zu kreativen Alternativen anzuregen. In allen Religionen gibt es Anknüpfungspunkte (manche sprechen von religiösen Ressourcen), die eine globale Verantwortung für alle Menschen und damit eine weltweite und generationenübergreifende Solidarität fördern. Umgekehrt gibt es sozialetische Kriterien, die für eine theologische Reflexion der Religionen anschlussfähig sind und darum weitgehend von ihnen geteilt und mitgetragen werden können. Die im Hinblick auf eine umfassende Solidarität notwendigen Veränderungen, vor allem auch im persönlichen Verhalten der Menschen, dürften kaum ohne die Motivationskraft der Religionen erreichbar sein.

Aufgrund ihrer Präsenz in fast allen Kulturen der Erde müssten die Religionen besonders befähigt sein, sich für eine kulturelle Einheit in Vielfalt einzusetzen. Dem steht allerdings die Tatsache entgegen, daß fast alle großen Religionen interne Spaltungen aufweisen, was schon die Begegnung untereinander oft sehr schwierig macht. Dies gilt nicht zuletzt für das Christentum. Aus diesem Grund ist die ökumenische Bewegung auch so etwas wie eine Bewegung auf der Suche nach einer Weltkirche, die tatsächlich alle Regionen und Konfessionen einschließt. Sie ist ein Lernprozeß des Zusammenlebens in einer pluralen Welt. Ein wichtiger Prüfstein ist in dieser Hinsicht der Umgang mit Minderheiten oder abweichenden Meinungen innerhalb der eigenen Glaubensgemeinschaften. Wer nämlich nicht nach innen Toleranz übt und sich im Konfliktfall an faire Spielregeln hält, kann sich schwerlich glaubwürdig für Minderheitenrechte und Toleranz im Weltmaßstab einsetzen. Trotz mancher Fortschritte in der Ökumene,

erfahren diese Bemühungen immer wieder Rückschläge, wie die schwierigen Beziehungen der katholischen Kirche und des Ökumenischen Rates der Kirchen zu den orthodoxen Kirchen in den Transformationsländern zeigen.

Alle großen Religionen verstehen sich (zumindest heute) nicht nur als partikulare, sondern auch als universale Angebote. Sie erheben damit den Anspruch, Antworten zu besitzen bzw. Wahrheiten zu verkünden, die für alle Menschen gültig sind, zumindest aber nicht weniger gültig als die der jeweils anderen Religionen. Soll dies nicht zu schweren Konflikten führen, sondern zu einer gedeihlichen Pluralität, so erfordert dies eine umfassende Ökumene, die den Dialog der Religionen und die Zusammenarbeit der Menschen unterschiedlichen Glaubens als wesentliches Element einschließt. Das Zweite Vatikanum hat aus katholischer Perspektive in dieser Hinsicht ohne Zweifel neue Wege geöffnet, zu einem gewandelten Missionsverständnis beigetragen und damit zumindest indirekt auch auf das Selbstverständnis anderer Religionen Rückwirkungen gehabt. Allerdings hat das Konzil noch keine befriedigende Lösung für die Spannung zwischen Dialog und Mission gefunden, so daß daraus bleibende Konfliktfelder entstanden sind, welche die Identität der jungen Kirchen, ihre Beziehungen zu Rom und auch den interreligiösen Dialog selbst belasten.

Ein ebenfalls nicht von Kontroversen freies Thema ist die universale Geltung der Menschenrechte, jedenfalls sobald man sie auch für die innerreligiösen Bereiche und Strukturen einfordert. Die Rückbesinnung auf die eigenen Traditionen und ihre Werte, die man heute weltweit beobachten kann, muß zwar nicht notwendig in Fundamentalismus münden, sie kommt aber derartigen Tendenzen unter Umständen durchaus entgegen. So beanspruchen wohl alle Religionen in gewisser Weise Räume, in denen bestimmte Menschenrechte nur eingeschränkt gelten, wenn sie etwa – zumindest in ihrem internen Bereich – Frauen Rechte verweigern, die man in der Zivilgesellschaft als universal gültig betrachtet.

4.2 *Weltkirche als Lerngemeinschaft*

Die vorausgehenden Überlegungen haben gezeigt, daß alle Weltreligionen sich mit dem vielschichtigen Problem auseinandersetzen müssen, ein Gleichgewicht zwischen Universalismus und Partikularismus zu finden. Ganz besonders die katholische Kirche steht im Spannungsfeld einerseits eines universalen Anspruchs, der auf viele Menschen weltweit

große Anziehungskraft ausübt, und andererseits der Tendenz zu einem westlich und römisch geprägten Zentralismus, der mit diesem Anspruch unvereinbar ist. Sie will zugleich Weltkirche sein und doch nicht die Ortskirchen bevormunden. Dies ist sicher auch ein theologisches und ekklesiologisches, in der Praxis vielleicht aber doch primär ein kulturelles Problem, vor allem deshalb, weil die Botschaft des Evangeliums selbst aus einer Teilkultur kommt und weitgehend über die abendländische Kultur vermittelt worden ist.

Zumindest theoretisch und grundsätzlich scheint dieses Problem durch die Anerkennung des Prinzips der Inkulturation, d.h. der Notwendigkeit der Integration in die jeweilige Kultur, gelöst zu sein. Das Zweite Vatikanum und einige Ortskirchen haben dazu wichtige Anstöße gegeben, die auch von anderen Religionen aufgegriffen worden sind. Letztlich geht es immer um die richtige Verbindung der universalen Botschaft des Evangeliums mit partikulareren Formen und Gestalten. Damit aber stellt sich notwendig die Frage, inwieweit, in welchem Sinn und auf welche Weise sich der christliche Glaube selbst als eine universale Kultur versteht und auf welche kulturelle Gestalt der Weltkirche die Ortskirchen Bezug nehmen sollen. Was konkrete Antworten auf diese Fragen angeht, so hat das Konzil freilich mehr Fragen offengelassen als beantwortet und so ein weites innerkirchliches Konfliktfeld geschaffen, unter dem heute viele Ortskirchen zu leiden haben. Dabei fehlt es vor allem an klaren und überprüfbaren Regeln für unvermeidliche, um der Sache willen notwendige Auseinandersetzungen im Ringen um kontextuelle Theologien und Formen der Evangelisation.

Institutionell kämpft die Kirche mit der Spannung zwischen Zentralismus und ortskirchlicher Selbständigkeit, wobei sich die Lage aus der Sicht der verschiedenen Kontinente und Länder oft ganz unterschiedlich darstellt. So schätzt man beispielsweise in Asien einerseits hierarchische Strukturen mit klarer Autorität, wie sie Papst und vatikanische Kurie verkörpern – und sei es nur um ihrer Symbolik willen. Auch beneidet man die Kirche in anderen Religionen um ihre globale Stimme aus Rom. In politisch heiklen Lagen hat es für die Ortskirchen manche Vorteile, daß der Heilige Stuhl dank seines völkerrechtlichen Status auch auf diplomatischen Kanälen aktiv werden kann. Andererseits sind diese und ähnliche Vorteile zugleich auch Nachteile, weil sie den Eindruck einer nicht in Asien verwurzelten, fremdbestimmten Religion verstärken und das Bemühen um Inkulturation häufig bremsen.

4.3 Auftrag und Sendung der kirchlichen Werke

Eine Form der Globalisierung, die den weltweiten Wohlstandszuwachs zu Lasten der ärmeren Bevölkerungsschichten in Industrie- wie Entwicklungs- und Transformationsländern verteilt und immer mehr Menschen und Regionen ausschließt oder an den Rand drängt, ist für die Kirche auf keinen Fall und niemals hinnehmbar. Ein solcher Prozeß steht in diametralem Widerspruch zur christlichen Option für die Armen, denn das Handeln der Kirche muß stets darauf ausgerichtet sein, "Ausgrenzungen zu überwinden und alle am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen"¹. Aus diesem Grund ist es für die Kirchen besonders wichtig, diese Fehlentwicklung immer wieder ins Bewußtsein zu rufen und dagegen Stellung zu nehmen.

Diese Aufgabe nehmen in besonderer Weise die Werke für weltkirchliche Aufgaben wahr, die in Deutschland eine besonders große Rolle spielen. Sie sind aus einer langen Missionsgeschichte und in den letzten Jahrzehnten insbesondere aus der Erfahrung der Armut in vielen Teilen der Welt entstanden. Die Begegnung und der Austausch mit den Partnerkirchen im Süden und Osten haben den Blick für deren Anliegen und Nöte geschärft. Die Werke haben dabei selbst einen Lernprozeß durchlaufen: Zunächst stand vor allem die karitative Nothilfe im Mittelpunkt; im Lauf der Jahre trat aber immer mehr die strukturelle Dimension der Armut in den Vordergrund, zuerst in den betroffenen Ländern selbst, dann aber auch im Weltmaßstab.

Aus all dem ergeben sich spezifische Kriterien für die Arbeit der Werke. Es geht ihnen stets um eine umfassende und ganzheitliche Entwicklung, also sowohl um das materielle und soziale wie auch das kulturelle und geistliche Wohl der Menschen. Sie verstehen ihren Einsatz als unerläßlichen Bestandteil der Sendung der Kirche, also als einen letztlich im Evangelium begründeten Auftrag. Gleichzeitig sind sie überzeugt, über eine reiche spirituelle und humane Tradition zu verfügen, die sie mit anderen Menschen teilen wollen. In diesem Sinn ist ihre Arbeit immer auch missionarisch, was nichts mit einem naiven Bekehrungswunsch zu tun hat, der in der Zahl von Taufen das alleinige Erfolgs-

¹Vgl. hierzu: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Hannover/Bonn 1997.

kriterium sieht. Gerade darum gilt ihre Hilfe nicht nur Katholiken oder Christen, sondern grundsätzlich allen Menschen, die in Armut und Not leben und der Hilfe bedürfen.

Ein weiteres wichtiges Merkmal ist eine möglichst enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ortskirchen. Die Werke verstehen diese Kontakte nicht als Einbahnstraße, sondern als einen gemeinsamen Lernprozeß, ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Innerhalb Deutschlands wollen die Kirche und ihre Werke so etwas wie die Stimme ihrer Partner sein, deren Anliegen sie stellvertretend und anwaltschaftlich einzubringen versuchen, was nicht heißt, daß sie alle Positionen ihrer Partner stets teilen oder völlig unkritisch übernehmen. Sie versuchen vielmehr im gemeinsamen Dialog mit diesen möglichst gute Lösungen zu finden.

5. Grundlagen einer soziaethischen Reflexion

Die Tatsachen und Erfahrungen, die immer wieder von den Partnerkirchen in den Entwicklungs- und Transformationsländern an die Kirchen in Deutschland herangetragen werden, machen deutlich, daß die Globalisierung mit ihren verschiedenen, eng miteinander verwobenen Teilaspekten ein sehr ambivalenter Vorgang ist. Sie ist weder ein Quasi-Naturgesetz, wie manche den Eindruck zu erwecken versuchen, noch ist alles Globale stets nützlich und dem Lokalen von vornherein überlegen. Daher ist eine fatalistische Haltung, die sich dem globalen Markt und seinen Regeln hilflos ausgeliefert fühlt, in keiner Weise gerechtfertigt. Ebenso fragwürdig ist freilich eine Fundamentalopposition, die in der Globalisierung die Wurzel aller Übel sieht und meint, ein Ausstieg aus dieser Entwicklung oder eine Umkehr zu lokalen Wirtschaftskreisläufen sei die Lösung aller sozialen und ökologischen Probleme.

Angesichts dieses Sachverhalts sind die Werke der katholischen Kirche, die in verschiedenen Bereichen gemeinsam weltweite Verantwortung übernommen haben, in hohem Maß herausgefordert. Hier ist nicht nur ihre praktische Reaktion gefragt; diese muß vielmehr angeleitet sein von einer prinzipiellen soziaethischen Begründung und einer weltkirchlichen Perspektive. Ihr müssen alle Lösungsansätze und politischen Entscheidungen, für die sie optieren,

entsprechen. Es gilt, sich folgenreichen Fehlentwicklungen in den Weg zu stellen. Dies kann nur in richtiger Weise geschehen, wenn angemessene normative Kriterien entwickelt werden, die an die tatsächlichen Entwicklungen anzulegen sind. Diese Studie folgt der bewährten Tradition kirchlicher Argumentation auf dem Gebiet der Sozialethik, nämlich die Auseinandersetzung auf der Basis philosophischer Argumente zu suchen, um auch für Nichtchristen verständlich zu bleiben. Sie bleiben offen für vertiefte biblische und theologische Überlegungen, vor allem auch aus den Partnerkirchen, die den Autoren dieser Studie angesichts der religiös-kulturellen Entwicklung in diesen Regionen am Herzen liegen.

5.1 *Sozialethische Maßstäbe*

Im Zentrum aller Entwicklung und damit auch der Wirtschaft und ihrer politischen Gestaltung müssen immer die Menschen stehen. Diese Prämisse darf keinen anderen Zielen oder ideologischen Interessen geopfert werden. Sie gründet in der *Menschenwürde*, die allen Menschen unterschiedslos und in gleicher Weise zukommt und die Grundlage der Menschenrechte ist, was nicht nur die bürgerlichen und politischen Rechte (Zivilpakt), sondern auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (Sozialpakt) einschließen muß. In der Logik dieses Ansatzes liegt eine Option für die von diesen Rechten Ausgeschlossenen. Vorrangige Aufmerksamkeit müssen darum jene erhalten, die nicht einmal ihre elementaren Grundbedürfnisse befriedigen können und von besonderen Notlagen betroffen sind. Alle Politik auf nationaler wie internationaler Ebene muß daher armutsorientiert oder, genauer gesagt, armenorientiert sein.

Dies hat ökonomische, sozio-kulturelle und umweltbezogene Konsequenzen. Die verantwortliche Gestaltung einer humanen Ordnung muß sich auf all diesen Feldern bewähren, um allen Menschen eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen und zu sichern. Wirtschaft, Markt, technologischer Fortschritt und Globalisierung sind folglich kein Selbstzweck, sondern haben instrumentellen Charakter. Ein Ökonomismus, der die Regeln wirtschaftlicher Rationalität und des Marktes zum alleinigen Maßstab macht, ist damit unvereinbar. Dies gilt auch für eine Arbeits- und KonsumEinstellung, die nur auf ständig wachsenden persönlichen Wohlstand ausgerichtet ist und die Sozialbindung auch persönlichen Eigentums vergißt. Wirtschaftliches Handeln ist vielmehr immer auch eine kulturell geprägte Tätigkeit. Als solche erfordert sie persönliche wie gesellschaftliche Investitionen in die Menschen, ihre Fähigkeiten und ihr Lebensumfeld. Das damit entstehende Human- und Sozialkapital ist nicht nur ökonomisch von immer größerer Bedeutung, sondern zugleich Voraussetzung für alte und neue Sozialtugenden wie Kreativität, Partizipation, Eigeninitiative und Solidarität, ohne welche die globalen Probleme nicht zu bewältigen sind.

Eine menschenwürdige globale Entwicklung muß auf das Gemeinwohl der ganzen Menschheit und die Lebenschancen künftiger Generationen ausgerichtet sein. Dies erfordert, sollen nicht einzelne hoffnungslos überfordert werden, eine *gestufte Verantwortlichkeit*. Dabei sind individualethische und sozialethische

Orientierung, obwohl sie aufeinander bezogen sind, dennoch deutlich zu unterscheiden. Mit beiden hat die Aktivität der kirchlichen Werke zu tun.

Die Werke appellieren einerseits an die *individuelle Verantwortung* der Menschen in Deutschland und rufen zum Teilen mit denen auf, die erheblich geringere Lebenschancen haben. Dies verlangt auch Änderungen im eigenen Lebensstil, etwa beim Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen, der auch an den Bedürfnissen künftiger Generationen zu bemessen ist. Das Wirken der Werke zielt in dieser Hinsicht auf die Entwicklung einer grundlegenden Wertorientierung der Solidarität mit den Armen in der Welt, die aufgrund ihrer Armut ihre fundamentalen Rechte nicht wahrnehmen können. Kriterien sind aus den Grundbedürfnissen und der Möglichkeit, durch gezielte Hilfe zu ihrer Befriedigung beizutragen, zu entwickeln. Zahlreiche Initiativen einzelner zeigen, daß durch sie Lebenschancen eröffnet werden können. Gleichwohl reichen persönlicher Einsatz und einzelne Hilfeleistungen bei weitem nicht aus, um das Ziel von mehr Gerechtigkeit zu erreichen, zumal sie durch globale Entwicklungen oder auch schon durch politische Veränderungen in einem Land schnell zunichte gemacht werden können. Dennoch behalten sie ihre unerläßliche Bedeutung, weil sie ein wichtiger Ansporn sind, innerhalb der Gesellschaft auch sozialpolitische Verantwortung wahrzunehmen.

Die Hilfe im Einzelfall muß daher ergänzt werden durch eine *politische Verantwortung*, die sich zum einen auf die Wirksamkeit von Hilfsorganisationen erstreckt, zum anderen auf die Gestaltung politischer und gesetzlicher Rahmenbedingungen gerichtet ist. Diese Aufgaben können im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr in nationalem Alleingang bewältigt werden. Die Lösung der länderübergreifenden sozialen und ökologischen Probleme erfordert vielmehr die Bereitschaft der jeweiligen Länder, in solidarischer Zusammenarbeit Verantwortung für andere auf internationaler Ebene zu übernehmen. Zur konkreten Umsetzung dieser Ziele braucht es eine internationale Ordnungspolitik mit institutionellen Regelungen und Organen, für deren politische Macht noch Formen demokratischer Kontrolle zu suchen sind. Andernfalls bleiben die Armen in den Entwicklungs- und Transformationsländern, aber auch in den Wohlstandsländern auf der Strecke. Wenn es um die Verteilung der mit solchen Reformen verbundenen Lasten geht, sind vor allem diejenigen gefordert, die sich materiell einschränken können, ohne große Einbußen in ihrer Lebensqualität hinnehmen zu müssen. Dazu gehören die meisten Menschen in den reichen Ländern, aber auch die Reichen in den armen Ländern.

Angesichts einer höchst ungleichen globalen Verteilungssituation, die sich noch weiter zu verschärfen droht, bedarf es entschlossener Maßnahmen, um dem Prinzip (intragenerationeller) *sozialer Gerechtigkeit* wieder mehr Gewicht in der Politik zu verleihen. Zumindest sollte das gerechtigkeitstheoretische Differenzprinzip beachtet werden, das besagt, daß wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten nur insoweit rechtfertigbar sind, als sie den Ärmsten und Ausgeschlossenen einen größtmöglichen Vorteil bringen. Insofern gewinnen auch die Maßstäbe globaler Chancen- und vor allem Bedürfnisgerechtigkeit immer mehr Bedeutung gegenüber reiner Besitzstands- und Leistungsgerechtigkeit.

Besondere Aufmerksamkeit verlangt das Prinzip der *intergenerationellen Gerechtigkeit*, das im Kern besagt, daß die ökonomischen und sozialen Probleme der Gegenwart nicht getrennt von der Frage des Erhalts und der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen gelöst werden dürfen. Die Erkenntnis, daß ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung jeweils nur gesellschaftliche Teilziele sind, die man nicht ungestraft gegeneinander ausspielen darf, liegt dem Konzept der nachhaltigen bzw. dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung (sustainable development) zugrunde, das seit der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro von der internationalen Staatengemeinschaft als verbindliches Leitbild anerkannt ist. Das umweltethische Prinzip, das diesem Ansatz zugrunde liegt, ist die Vernetztheit des Menschen mit seiner natürlichen Umwelt. Es bringt zum Ausdruck, daß der Mensch seiner Verantwortung nur dann gerecht wird, wenn er die Dynamik seiner zivilisatorischen Tätigkeit an die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen und die Tragkapazität der ihn umfassenden Natur anpaßt.

Wenn der Mensch Ausgangspunkt und Ziel aller Entwicklung ist, so verlangt dies eine Entwicklung von unten. Genau dies besagt das Prinzip der *Subsidiarität*, das den Einzelnen und untergeordnete gesellschaftliche Ebenen (Familie, Kommune, zivilgesellschaftliche Akteure usw.) vor der Allmacht des Staates und bürokratischem Zentralismus schützt. Umgekehrt verlangt dieses Prinzip aber auch ein Handeln der übergeordneten Ebene, wo es deren Hilfe bedarf. Dies gilt auch für die Gestaltung der globalen Gesellschaft. Daher ist zunächst immer die Solidarität unter den Betroffenen selbst gefragt, d.h. ihre Eigeninitiative und Zusammenarbeit zur Überwindung ihrer Benachteiligung. Ebenso wichtig sind politische Maßnahmen, die solche individuellen und gemeinschaftlichen Initiativen von unten ermöglichen, unterstützen und ergänzen. So sehr es nämlich

auf die Menschen selbst ankommt, ohne förderliche Rahmenbedingungen (z.B. Rechtssicherheit) sind ihre Eigenanstrengungen meist zum Scheitern verurteilt oder nicht von Dauer. Im Bedarfsfall, wenn die Solidarität unter den Betroffenen nicht ausreicht, muß die Solidarität der Bessergestellten und Privilegierten mit und für diese Benachteiligten hinzukommen, d.h. von Einzelnen und kleinen Gruppen bis hin zur (Welt-)Gesellschaft.

In einer pluralen Welt bewegt sich jede ethische Reflexion im *Spannungsfeld von Universalität und Partikularität*. Das Dilemma besteht darin, daß eine partikuläre Begründung einerseits zwar konkret, in die jeweiligen kulturellen Kontexte eingebunden und damit für die dort lebenden Menschen gut nachvollziehbar ist, andererseits aber für Menschen anderer Kulturkreise unverständlich und insofern nur bedingt Grundlage für so etwas wie ein Weltethos sein kann. Diese Spannung, die sich in Folge der Globalisierung noch verschärft, läßt sich nur durch einen möglichst breiten interkulturellen Dialog verringern und im Idealfall vielleicht sogar überwinden. Ein solcher Dialog kann nur gelingen, wenn ihn alle Teilnehmer als einen fairen und auf Verständigung zielenden Austausch wahrnehmen, der auf Bevormundung und Manipulation verzichtet. Ethische Argumente zielen nämlich immer auf die begründete Zustimmung aller, die von dem zu beurteilenden Handeln betroffen sind.

Die Teilnehmer an diesem interkulturellen Dialog können auf verschiedenen Wegen versuchen, universale Normen zu finden. Eine Brücke zwischen den verschiedenen ethischen Traditionen läßt sich wahrscheinlich am leichtesten dadurch schlagen, daß man von gemeinsamen menschlichen Leiderfahrungen wie etwa Hunger, Armut, Ungerechtigkeit oder Diskriminierung ausgeht. In solchen Erfahrungen gründen nämlich alle partikularen Moralvorstellungen. Im Hinblick auf diese Erfahrungen erschließen sich die Dialogpartner dann gegenseitig ihre kulturellen Deutungen und ihre darin wurzelnden Werte und Normen. Sie werden dabei Gemeinsamkeiten wie Unterschiede entdecken. Aus dem gemeinsamen Verständnis menschlicher Würde, das so entsteht, versuchen sie zumindest einige ethische Grundkriterien zu gewinnen, die einerseits einen universalen Anspruch erheben, andererseits aber in einer Vielfalt von Kulturen ihre spezifische Ausprägung finden. Ziel solcher Bemühungen ist eine Ethik, in der Einheit und Differenz miteinander verwoben sind. Diese beinhaltet zum einen gemeinsame Normen, deren Deutungen und Begründungen in den verschiedenen Kulturen nicht völlig deckungsgleich sein müssen. Zum anderen beläßt sie jeder Kultur den

Freiraum für kontextuell verwurzelte ethische und moralische Überzeugungen, sofern diese nicht im Widerspruch zu den universalen Normen stehen.

5.2 Ethisch verantwortbare Gestaltung der Globalisierung

Der Globalisierungsprozeß bewirkt zwar einen weltweiten Wohlstandszuwachs, führt aber tendenziell zu erheblichen Verteilungsverschiebungen zu Lasten gering qualifizierter Arbeitskräfte in den Industrieländern und ärmerer Bevölkerungsschichten in den Entwicklungs- und Transformationsländern. Außerdem beruhen die Wachstumseffekte teilweise auf einer unzureichenden Einbeziehung der ökologischen Kosten und schaffen damit ein intergenerationelles Verteilungsproblem. Aus der Perspektive der genannten sozialethischen Kriterien sind derartige Auswirkungen der Globalisierung sehr bedenklich und auf Dauer nicht hinnehmbar. Sollte sich bestätigen, daß ganze Regionen und Bevölkerungsgruppen weiterhin und in wachsendem Maß von den Wohlfahrtsgewinnen der Globalisierung ausgeschlossen bleiben und die Lebensgrundlagen künftiger Generationen gefährdet werden, dann könnten auch die mit der Globalisierung einhergehenden Vorteile solche Fehlentwicklungen nicht aufwiegen.

Wenn die Überwindung der Ausgrenzung vorrangiger ethischer Maßstab universaler Verantwortung ist, dann muß es primäres Ziel politischer Steuerung sein, durch ordnungspolitische Rahmenbedingungen soweit wie möglich zu verhindern, daß der Globalisierungsprozeß die Menschen und Generationen in Gewinner und Verlierer spaltet. So wie es im Zeitalter der Nationalökonomien Aufgabe des Staates war (und bleibt), durch Rahmenbedingungen den Markt mit seinen unbestreitbaren Stärken so zu steuern, daß er zum Nutzen aller wirksam werden kann, so bedarf es heute weltweiter Abkommen und Institutionen, um dieses Leitbild der sozialen Marktwirtschaft in eine Globalökonomie einzubringen. Es geht also darum, von vornherein möglichst faire und gerechte Ausgangsbedingungen zu schaffen. Wo es dennoch zu Ungerechtigkeiten kommt, was vermutlich nie restlos zu verhindern sein wird, sind diese durch nachträgliche und sachgerechte Interventionen zu korrigieren. Dies muß vermutlich auch weiterhin hauptsächlich auf nationalstaatlicher Ebene erfolgen.

Die Globalisierung in ihrer gegenwärtigen Form bedarf grundlegender Strukturreformen, wenn sie dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung entsprechen soll. Das Wirtschaftswachstum muß mehr als bisher mit sozialer und ökologischer Entwicklung verbunden werden. Ökonomische Leistungsfähigkeit ist und bleibt eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für soziale Gerechtigkeit, Schutz der Umwelt und kulturelle Vielfalt. Strategien zur Stärkung der wirtschaftlichen Eigeninitiative und Wettbewerbsfähigkeit einerseits und zur Bekämpfung von Armut und Umweltzerstörung andererseits sind kein Widerspruch an sich, sondern können sich gegenseitig ergänzen. Die vorhandenen Spielräume zu einer sozial- und umweltverträglichen Gestaltung der Wirtschaftspolitik sind gezielt zu nutzen, etwa indem man Human- und Sozialkapital als wichtigen Faktor zur Stärkung von Wirtschaftsstandorten bewußt fördert.

Wirtschaftspolitik einerseits und Sozial- und Umweltpolitik andererseits bewegen sich aber auch in einem Spannungsfeld, das manchmal und in bestimmten Bereichen nur durch gezielte politische Eingriffe abgebaut werden kann. Dies gilt auch für das Verhältnis von sozialer und ökologischer Entwicklung. Darum müssen die Bemühungen zum Schutz der Umwelt, bei denen es letztlich um die Menschen der kommenden Generationen geht, ebenso integraler Bestandteil einer Weltordnungspolitik sein wie die ökonomische und soziale Entwicklung. Die Globalisierung kommt langfristig nur dann allen Menschen und gesellschaftlichen Gruppen zugute, wenn Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik sich wechselseitig unterstützen.

6. Handlungsoptionen

6.1 Politikfelder

Die Ökonomie und die das wirtschaftliche Handeln bestimmenden Werte und Regeln haben sich als die treibenden Kräfte der Globalisierung erwiesen und große, in ihren Folgen noch kaum abschätzbare Umwälzungen ausgelöst. Dabei wird immer offensichtlicher, daß die verschiedenen Globalisierungsprozesse mit ihren ambivalenten Folgewirkungen die Handlungsmöglichkeiten klassischer nationalstaatlicher Politik überfordern. Das heute vorherrschende Steuerungsprinzip des freien Marktes allein erweist sich als unfähig, wirtschaftliche Effizienz, soziale Gerechtigkeit und ökologische Zukunftsfähigkeit auf ver-

trägliche Weise miteinander zu verbinden. Noch weniger ist es imstande, dauerhaften Frieden, demokratische Partizipation und kulturelle Vielfalt zu schaffen bzw. zu sichern, wenn es nicht von einem Konsens in grundlegenden Wertfragen getragen ist. Dazu bedarf es einerseits ordnungspolitischer Maßnahmen, die den marktwirtschaftlichen Wettbewerb in die gewünschte Richtung zu lenken vermögen, andererseits ausgleichender Interventionen, um die Bedürfnis- und Chancengerechtigkeit aller Menschen zu gewährleisten.

Die Globalisierung erfordert heute eine weltweite Strukturpolitik mit dem Ziel einer dauerhaft sozial- und umweltgerechten Entwicklung. Es geht also nicht primär darum, vom Wohlstand etwas an die ärmeren Länder und Menschen abzugeben, sondern eine Weltordnung zu schaffen, die allen Beteiligten faire und halbwegs gleiche Chancen einräumt. Dies erfordert eine *Weltordnungspolitik*, die entwicklungsförderliche Rahmenbedingungen schafft und der zunehmenden Ausdifferenzierung politischer Handlungsebenen im globalen Maßstab Rechnung trägt. In diesem Zusammenhang wird gegenwärtig ein Ordnungsmodell diskutiert, in dessen Zentrum ein gemeinsamer Politikprozeß geteilter Souveränitäten zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren auf verschiedenen Handlungsebenen (lokal, national, regional, international) steht. Ordnungspolitik wie auch gezielte Interventionen auf nationaler wie auf internationaler Ebene müssen sich vor allem auf die folgenden Bereiche beziehen.

6.1.1 Internationale Rechtsordnung und Sicherheitspolitik

Eine globale Steuerung nach dem Subsidiaritätsprinzip wird nur dann erfolgreich sein, wenn sich die Staatengemeinschaft auf eine grundlegende internationale Rechtsordnung mit entsprechenden Rechtsprinzipien verständigen kann. Grundlegend dafür ist, daß alle Länder in ihrem eigenen Bereich die Voraussetzung für Rechtssicherheit, die Beachtung der Menschenrechte sowie die Möglichkeit zur politischen Beteiligung der Bevölkerung schaffen. Dazu bedarf es aber auch der Stärkung globaler Rechtsstaatlichkeit mit klaren Gesetzesregeln, Mechanismen zur Konfliktregelung und Sanktionsmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang ist es unverzichtbar, Institutionen wie den Internationalen Gerichtshof in Den Haag aufzuwerten und eine verbindliche Anerkennung der Rechtsprechung solcher Einrichtungen zu gewährleisten. Neben institutionalisierten, langfristig angelegten Formen der internationalen Zusammenarbeit im Sinne einer präventiven Sicherheitspolitik braucht es

auch verbesserte Mechanismen zur kurzfristigen Vermittlung und Schlichtung von Konflikten, um militärische Eskalationen und offene kriegerische Auseinandersetzungen unter allen Umständen zu verhindern.

Die Akzeptanz globaler Rechtsstaatlichkeit und verbindlicher weltweiter Rahmenbedingungen erfordert jedoch auch ein Mindestmaß an gemeinsamen Werten und insbesondere Vermittlungsverfahren für normative Konflikte. Der interkulturelle Dialog über universale Werte als Fundament gemeinsamen Handelns wird nur dann gelingen, wenn man die jeweilige Andersheit anerkennt und wenn die einzelnen Kulturen bereit sind, sich im Fortgang eines dialogischen Prozesses aufeinander einzulassen. Nur so kann man von einer ungleichgewichtigen Lehrgemeinschaft zu einer gleichberechtigten Lerngemeinschaft gelangen. Ein solcher Dialog stellt freilich eine besonders anspruchsvolle Form der Vermittlung im Fall von Konflikten dar, weil es sich dabei nicht nur um einen pragmatischen Kompromiß handelt, sondern man sich für die Wertvorstellungen anderer Kulturkreise öffnen muß.

6.1.2 Eigenverantwortung für Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Hauptverantwortung, durch eine solide Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Überwindung von Armut und Unterentwicklung beizutragen, liegt bei den jeweiligen Ländern selbst. Nur sie können letztlich die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Beteiligung an der Weltwirtschaft schaffen. Dazu gehören neben demokratischen Reformen und Rechtssicherheit eine wirtschaftliche Rahmenordnung, welche die Eigeninitiative der Menschen fördert, sowie eine gute Regierungsführung. Von großer Bedeutung sind, neben der Investition in Sach- und Humankapital, eine gerechte Eigentumsordnung mit wirksamem Schutz und ausgewogener Verteilung von Eigentum und Besitz sowie eine faire und wachstumsfördernde Steuergesetzgebung. Eine Schlüsselrolle haben weiter die Schaffung binnenwirtschaftlicher Stabilität durch die Unabhängigkeit monetärer Instanzen, eine strikte Bankenaufsicht, Inflationsbekämpfung und staatliche Haushaltsdisziplin.

Konstant niedrige Inflationsraten sind ein entscheidender Indikator für ein gesundes makroökonomisches Umfeld.² Starke Schwankungen des allgemeinen Preisniveaus erschweren es Produzenten und Konsumenten, relative von absoluten Preisänderungen zu unterscheiden. Nimmt der Informationsgehalt der relativen Preise ab, so besteht die Gefahr einer Fehlverwendung von Ressourcen mit negativen Folgen für Wachstum und Beschäftigung. Länder mit hohen Inflationsraten und Budgetdefiziten sind darum als Standorte für internationales Kapital kaum attraktiv. Eine stabilitätsorientierte Politik ist auch sozialethisch gut zu begründen, denn Inflation ist unsozial, weil sie sich vor allem zu Lasten der Schwächeren und Armen auswirkt. Ökonomisch besser gestellte Personen können dagegen durch die Flucht in Sachwerte oder ins Ausland den negativen Folgen hoher Inflation leichter entgehen. Inflation ist folglich nie ein geeignetes Instrument, um wirtschaftliche und soziale Probleme zu lösen.

Neben makroökonomischer Stabilität sind hohe Sachkapitalinvestitionen eine weitere Voraussetzung für die erfolgreiche Teilnahme an der Globalisierung. Wachsen in einer Volkswirtschaft die Investitionen rascher als die eingesetzte Arbeit, vergrößern sich der Kapitalstock je Arbeiter (Kapitalintensität) und damit tendenziell auch die Arbeitsproduktivität. Letztlich steigt dadurch das Volkseinkommen. Länder, die z.B. mit Hilfe steuerpolitischer Maßnahmen die Investitionsbereitschaft fördern, haben also bessere Chancen im Globalisierungsprozeß als Länder, welche Investoren durch fehlende Infrastruktur, Handelsmonopole, unklare Gesetzeslage, aufgeblähte Verwaltungsapparate oder exzessive Korruption abschrecken. Nicht zuletzt haben empirische Untersuchungen gezeigt, daß ein hoher Offenheitsgrad einer Volkswirtschaft in Form von freiem Warenverkehr und klug liberalisierten Kapitalmärkten wesentlich dazu beiträgt, hohe Wachstumsraten zu erzielen. Dies erleichtert den notwendigen Technologieimport durch Einfuhr von Investitionsgütern, den Zufluß von ausländischen Direktinvestitionen und durch andere Formen internationaler Unternehmenskooperationen.

Eine zentrale Rolle spielen die Investitionen in Menschen (Nahrung, Gesundheit, Bildung), also die Bildung von Humankapital. Empirische Untersuchungen zeigen eine deutlich positive Korrelation zum Wirtschaftswachstum. So weist etwa das weltweite Gefälle der Pro-Kopf-Einkommen einen klaren Zusammenhang mit den

²Zur Bedeutung der Geldwertstabilität und ihrer institutionellen Voraussetzungen vgl. die Studie "Gutes Geld für alle", vorgelegt von Franz Furger und Joachim Wiemeyer im Auftrag der Sachverständigenengruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik", Bonn 1991.

Unterschieden in der Dauer der Schulausbildung auf. Die Investitionen in Humankapital sind in einer Welt, in der einfache Tätigkeiten immer mehr durch Maschinen übernommen werden und modernste Kommunikations- und Informationstechnologien den Arbeitsprozeß durchdringen, mindestens ebenso wichtig wie Investitionen in Sachkapital. Länder, welche diese Aufgabe vernachlässigen, sind als Verlierer der Globalisierung gewissermaßen programmiert.

Wirtschafts- und Sozialpolitik stehen in einem wechselseitigen Zusammenhang. So sind die bereits genannten wirtschaftspolitischen Maßnahmen und eine zukunftsorientierte, breitenwirksame und der jeweiligen Situation angepaßte Technologiepolitik geeignete Instrumente zum Abbau von Armut. Umgekehrt ist eine Sozialpolitik, die durch soziale Sicherung die berufliche Flexibilität erhöht und das Humankapital fördert, die Grundlage für wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit und damit für eine erfolgreiche Teilnahme an den Globalisierungsprozessen. Die Spielräume für eine soziale Gestaltung der Wirtschaftspolitik einerseits und zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit durch soziales Kapital andererseits gilt es darum systematisch zu analysieren und möglichst für eine erfolgreiche Teilnahme an der Weltwirtschaft zu nutzen. All diese Maßnahmen würden zugleich eine von außen (Internationaler Währungsfonds) auferlegte Strukturanpassungspolitik mit ihren problematischen sozialen Folgen weitgehend überflüssig machen.

Wo diese Maßnahmen nicht greifen oder an ihre Grenzen stoßen, bleibt es auf jeden Fall eine primäre Aufgabe der Sozialpolitik, die absolute Armut mit allen Mitteln zu bekämpfen.³ Andernfalls bleibt die Option für die Armen und Ausgeschlossenen ein reines Lippenbekenntnis. Durch ausgleichende Maßnahmen ist daher sicherzustellen, daß wenigstens die Grundbedürfnisse jener Bevölkerungsgruppen, die zu Verlierern des ökonomischen Globalisierungsprozesses werden, befriedigt werden können. Dies gilt auch im Fall von unvermeidlichen Strukturanpassungen im Rahmen von Umschuldungen.

Auf internationaler Ebene kann Entwicklungshilfe der reichen Länder die Eigenanstrengungen der Entwicklungs- und Transformationsländer nie ersetzen, sie aber sinnvoll ergänzen. Als eine Art von globalem Sozialausgleich kann sie wichtige Impulse geben und bleibt daher unverzichtbar. Entwicklungshilfe ist

³Vgl. dazu die Studie "Soziale Sicherungssysteme als Elemente der Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern" der Sachverständigengruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik", Bonn 1997.

allerdings umso erfolgreicher, je mehr sie sich nicht in reinen Transfers erschöpft, sondern einen strukturellen Beitrag zum Entwicklungsprozeß leistet.

6.1.3 Reform der Weltwirtschaftsordnung und des internationalen Finanzsystems

Auch wenn die Chancen eines Landes, von der Globalisierung zu profitieren, zunächst von ihm selbst abhängen, darf nicht übersehen werden, daß die Wirksamkeit nationaler Politikmaßnahmen heute begrenzt ist. Daher bedarf es zusätzlich einer Gestaltung des weltwirtschaftlichen Wettbewerbs, um allen Beteiligten faire und halbwegs gleiche Chancen einzuräumen. Eine entsprechende Ordnung muß vor allem dazu beitragen, daß einzelne Länder nicht ihre Machtposition im internationalen Gefüge zu einseitigen wirtschaftlichen Vorteilen nutzen.

Die gegenwärtige Welthandelsordnung im Rahmen der Welthandelsorganisation hat zu einem erheblichen Abbau von Handelshindernissen beigetragen, was auch vielen Entwicklungs- und Transformationsländern zugute kommt. Die Öffnung der Märkte für Produkte dieser Länder, ihre bevorzugte Behandlung durch Präferenzzölle und ähnliche Regelungen, der Verzicht auf eigene handelsbezogene Subventionen und die Bereitschaft zu Investitionen in ärmeren Regionen bleiben aber weiter wichtige und noch keineswegs eingelöste Forderungen. Wie wichtig entsprechende Reformen sind, zeigen etwa die negativen Folgen der Agrarpolitik der Europäischen Union besonders für arme Entwicklungsländer.

Aber auch die Welthandelsordnung selbst bedarf der Fortentwicklung, wenn sie einen fairen Wettbewerb in der Weltwirtschaft ermöglichen soll. Dazu zählt einerseits ein internationales Wettbewerbsrecht, das die Konzentration wirtschaftlicher Macht durch klare Regeln, eine zuverlässige Kontrolle und effektive Sanktionen verhindert. Andererseits sind Sozial- und Umweltstandards zu entwickeln bzw. durchzusetzen, wie etwa die bereits ausgehandelten Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, um zu verhindern, daß die Expansion des Welthandels zu Lasten der Ärmsten und künftiger Generationen geht. Dabei ist freilich darauf zu achten, daß unter diesem Namen kein neuer Protektionismus der Industrieländer gefördert wird, wie die Länder des Südens und Ostens nicht ohne Grund befürchten.

Nicht geringer Handlungsbedarf besteht auch im Hinblick auf eine Reform der Weltfinanzordnung, wie die Turbulenzen auf den Finanzmärkten in Asien, Rußland und Lateinamerika einmal mehr gezeigt haben. Es braucht Regulierungen mit dem Ziel, für eine bessere Risikovorsorge der Finanzinstitutionen (z.B. Kapitaldeckungsvorschriften) zu sorgen, die Berichtspflichten der nationalen Regierungen zu erhöhen sowie in allen Ländern eine funktionsfähige Bankenaufsicht zu errichten. Da die Sprunghaftigkeit der internationalen Finanzmärkte die finanzielle Stabilität und damit die Wachstumschancen von Entwicklungs- und Transformationsländern mit kaum entwickelten Finanzsystemen besonders gefährdet, stellt sich die Frage, ob eine zeitlich befristete Einschränkung des Zuflusses von kurzfristigem Kapital nicht doch eine geeignete Gegenmaßnahme ist. Keineswegs abgeschlossen ist auch die Diskussion um die Einführung einer Devisentransaktionssteuer, mit der die Attraktivität kurzfristiger Währungsspekulationen verringert werden soll.

Ein besonderes Anliegen der Kirchen und vieler anderer zivilgesellschaftlicher Gruppen an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert ist ein großzügiger Schuldennachlaß, vor allem für die ärmsten Länder, die sonst kaum eine Zukunftsperspektive haben. Solch ein Erlaß ist freilich nur dann hilfreich und vertretbar, wenn die Entlastung primär den Armen und der breiten Bevölkerung zugute kommt (z.B. durch Gegenwertfonds). Eine Konditionalität mit dieser Zielsetzung ist unerlässlich, nicht zuletzt um einer leichtfertigen Aufnahme von Krediten in Zukunft keinen Vorschub zu leisten. Je größer die Bereitschaft der Schuldnerländer dazu ist und je entschlossener sie notwendige ökonomische und soziale Reformen einleiten, umso großzügiger sollte die Entlastung ausfallen.

Schuldenprobleme sind freilich auch künftig nicht völlig auszuschließen, da selbst bei guter Regierungsführung und größter Vorsicht nie alle Risikofaktoren (Preisverfall bei Exporten, Wechselkursschwankungen, ruinöser Wettbewerb) kalkulierbar sind. Für solche Fälle braucht es ein internationales Insolvenzverfahren mit dem Ziel, den Grundgedanken des Konkurs- und Vergleichsrechtes sowie des Pfändungsschutzes auch in die internationalen Rechtsbeziehungen aufzunehmen. Auf diese Weise könnte man einer unvorsichtigen Kreditvergabe entgegenwirken, im Fall von Zahlungsproblemen schneller und wirksamer als bisher reagieren und so die Wahrscheinlichkeit neuer, lang andauernder Schuldenkrisen verringern.

6.1.4 Globale Umweltpolitik

In der Vergangenheit regional auftretende Umweltschäden haben mittlerweile globale Ausmaße angenommen (Treibhauseffekt, Ozonloch) und eine national agierende Umweltpolitik vor allem im Bereich des Klimaschutzes an ihre Grenzen geführt. Als Folge davon ist die Notwendigkeit eines international abgestimmten Verhaltens zur Internalisierung grenzüberschreitender externer Effekte beständig gewachsen. Allerdings hat sich die Durchsetzung wirkungsvoller internationaler Abkommen aufgrund gegensätzlicher staatlicher Interessen bisher als schwierig erwiesen, wie die aus ökologischer Sicht ernüchternden Diskussionen bei der Umweltkonferenz in Rio und bei den Vertragsstaatenkonferenzen zur Umsetzung der dort beschlossenen Konventionen gezeigt haben.

Eine globale Umweltpolitik, die diese Defizite beseitigen will, ist eine politische Querschnittsaufgabe, die alle Politikfelder einbeziehen und kohärent sein muß. Im Mittelpunkt muß die Schaffung einer sowohl sozial wie ökologisch verträglichen Wirtschafts- und Lebensweise stehen.⁴ Dabei müssen vorbeugende Maßnahmen, die Verschwendung von Ressourcen und ökologischen Raubbau vermeiden, Vorrang vor nachträglichen Ausgleichsmaßnahmen haben, was auch ökonomisch sinnvoller ist. Aufgrund ihres hohen Ressourcenverbrauchs und ihrer politisch, wirtschaftlich und sozio-kulturell dominanten Rolle kommt den reichen Industrienationen wie den Reichen im Süden dabei eine besondere Verantwortung zu. Eine solche Politik entspricht den langfristigen Eigeninteressen der Industrieländer selbst, sie ist aber auch ein Aspekt langfristiger Entwicklungspolitik, denn sie hat weitreichende Auswirkungen auf die künftigen Entwicklungschancen gerade im Süden und im Osten. All dies verlangt vorausschauende und mutige Strukturanpassungen im Norden im Sinn einer Strategie nachhaltiger Entwicklung.⁵

6.2 Akteure

⁴Vgl. dazu die Studie "Wirtschaft: global und ökologisch. Überlegungen zur Ressourcenschonung und Umwelterhaltung", vorgelegt von Franz Furger und Joachim Wiemeyer im Auftrag der Sachverständigengruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik", Bonn 1994.

⁵Vgl. dazu die Studie "Mut zur Strukturanpassung bei uns - Hilfe für die Entwicklungsländer", vorgelegt von Franz Furger im Auftrag der Sachverständigengruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik", Bonn 1995.

6.2.1 Nationalstaaten und Staatengemeinschaften

Die vorausgehenden Überlegungen haben gezeigt, daß die Chancen eines Landes, von der Globalisierung zu profitieren, ganz entscheidend von einer qualifizierten Human- und Sozialkapitalbildung sowie der Förderung jener Institutionen abhängen, die für eine entsprechende staatliche Rechts-, Wirtschafts- und Sozialordnung wichtig sind. Die Hauptverantwortung für die Gestaltung dieser standortgebundenen gesellschaftlichen Teilssysteme und damit für das Gemeinwohl liegt trotz Souveränitätseinbußen weiter bei den Nationalstaaten. Gleichwohl darf darüber nicht übersehen werden, daß die Wirksamkeit nationaler Politikmaßnahmen zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung heute begrenzt ist. Daher bedarf es zusätzlich, wie oben hervorgehoben, einer globalen Steuerung des weltwirtschaftlichen Wettbewerbs auf den verschiedenen Ordnungsebenen.

Die Verdichtung wechselseitiger transnationaler Beziehungen erfordert ein föderatives System geteilter Souveränitäten, in dem Kompetenzen nach dem Subsidiaritätsprinzip auf die entsprechenden Ebenen verteilt werden, ohne den notwendigen Grad an Einheit aufzugeben. Der Nationalstaat als territoriales Gebilde bleibt dabei weiterhin die tragende Säule, da er eine unverzichtbare Scharnierfunktion zwischen den verschiedenen Handlungsebenen einnimmt. Allerdings verändert sich seine Rolle sowohl nach innen als auch nach außen grundlegend. In vielen Problemfeldern vermag der Staat nicht mehr in alleiniger Regie Lösungen zu erarbeiten, sondern ist auf die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen angewiesen, wie den transnational tätigen Unternehmen und den weltweit vernetzten Nichtregierungsorganisationen. Er ist verantwortlich für den Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Akteuren und für die Umsetzung der auf internationaler Ebene vereinbarten Abkommen.

Angesichts der gegenläufig zur Globalisierung sich verstärkenden Regionalisierung und Partikularisierung kommt der Lokal- und Regionalpolitik in einem föderativen Ordnungssystem eine wichtige Rolle zu. Die schrittweise Übertragung nationalstaatlicher Zuständigkeiten auf internationale Institutionen kann durch regionale Integrationsprojekte vorbereitet werden. Eine verstärkte regionale Zusammenarbeit der Entwicklungs- wie der Transformationsländer kann ihre Fähigkeit zur Nutzung der Chancen der Globalisierung erhöhen und

damit ihre weltwirtschaftliche Position stärken, wie die Erfahrung der Europäischen Union zumindest vermuten läßt. In der Architektur einer solchen Weltordnung werden neben den supranationalen Institutionen, in deren Zentrum das System der Vereinten Nationen steht, auch internationale Regime wie die Welthandelsorganisation mit ihren Vereinbarungen und Regeln oder die Klimakonvention mit ihrer vertraglichen Umsetzung zu immer wichtigeren Steuerungsinstrumenten.

6.2.2 Transnationale Unternehmen

Die grenzüberschreitenden Aktivitäten transnationaler Unternehmen, die sich immer mehr von nationalen Regelungen unabhängig machen, führen zu wachsender Macht und zunehmendem Einfluß dieser globalen Akteure auf der Weltebene und damit auch in den Nationalstaaten, zumal wenn es sich um kleine oder ökonomisch und geostrategisch unwichtige Länder handelt. Mit diesem Machtzuwachs nimmt aber auch deren Verantwortung für eine menschengerechte Gestaltung des Welthandels zu. Zumindest in Teilen der Privatwirtschaft beginnt das Bewußtsein zu wachsen, daß die Erweiterung der Märkte nur dann Erfolg haben kann, wenn dies von politischer und ökonomischer Stabilität sowie von sozialem Ausgleich begleitet wird.

Die transnationalen Unternehmen sollten dieser Verantwortung daher auch im wohlverstandenen Eigeninteresse gerecht werden, um die Bedingungen für einen erfolgreichen Welthandel langfristig zu sichern. Ihr Engagement sollte sich besonders auf die Bereiche erstrecken, in denen die Privatwirtschaft spürbare Veränderungen bewirken kann. Dazu gehört das klare Eintreten für eine weltwirtschaftliche Ordnungspolitik, die eine vorausschauende Regulierung internationaler Finanzmärkte zu gewährleisten vermag, um Finanzkrisen wie in Ost- und Südostasien oder Lateinamerika künftig zu vermeiden. Dies gilt aber auch für die Einhaltung der Menschenrechte, die Verwirklichung humaner Arbeitsbedingungen und die Umsetzung von Umweltschutzvorgaben, zumal es in diesen Bereichen bereits allgemeingültige Maßstäbe und Zielvorgaben in internationalen Abkommen gibt, wie etwa in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in den Konventionen und Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation oder in den Erklärungen und Aktionsprogrammen der Konferenzen der Vereinten Nationen (z.B. der Agenda 21 des Umweltgipfels von Rio de Janeiro).

Die transnationalen Unternehmen können die Umsetzung solcher Standards unterstützen, indem sie einerseits in der politischen Diskussion – auch international – öffentlich für sie eintreten, andererseits in ihren Betrieben für deren Einhaltung sorgen und Mißstände aufdecken, statt sie zu verschleiern. Vertrauen und Glaubwürdigkeit gewinnen sie nur dann, wenn sie im eigenen Tätigkeitsbereich angemessene Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards befolgen. Da sie inzwischen überall auf der Welt bedeutende Investoren, wichtige

Arbeitgeber und führende Produzenten sind, verfügen sie über ausreichend Einfluß, solche Standards direkt oder wenigstens indirekt durchzusetzen. Dazu gehören so grundlegende Normen wie das Recht auf freie Gewerkschaften, das Verbot von ausbeuterischer Kinderarbeit sowie Zwangsarbeit und eine Einstellungspolitik, die niemanden wegen seiner Rasse, seiner Religion, seinem Geschlecht oder seiner ethnischen Herkunft benachteiligt. Sie können auch selbst die Initiative zur Umsetzung von Standards ergreifen, ohne darauf zu warten, bis im jeweiligen Land entsprechende Gesetze erlassen sind. Dazu gehört etwa die Selbstverpflichtung zu höheren Umweltstandards, aber auch die freiwillige Bereitschaft, vorbeugende Maßnahmen zum Umweltschutz zu unterstützen und die Entwicklung und Verbreitung umweltfreundlicher Technologien zu fördern.

6.2.3 Internationale Zivilgesellschaft

Die internationale Zivilgesellschaft hat in den vergangenen Jahren zunehmend an Gewicht gewonnen, was sich etwa darin zeigt, daß sie die großen Weltkonferenzen und die nachfolgenden Verhandlungen zur Umsetzung von Konventionen aktiv begleitet hat. Sie kann aufgrund ihrer weltweiten Vernetzung einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung des Globalisierungsprozesses leisten, indem sie ihn kritisch verfolgt und innovative Vorschläge einbringt. Viele Regierungen und internationale Organisationen arbeiten mittlerweile in vielfältigen Bereichen mit Nichtregierungsorganisationen zusammen und machen sich deren spezifische Stärken zunutze. Häufig sind sie gut organisiert, arbeiten professionell und besitzen viel Fachkompetenz. Durch eine enge internationale Zusammenarbeit verfügen sie über eine gute Kenntnis der Verhältnisse vor Ort sowie über einen direkten Kontakt zur Bevölkerung, was vor allem für eine armenorientierte Entwicklungszusammenarbeit von großer Bedeutung ist. Dies ermöglicht eine effektive Hilfe zur Selbsthilfe, die an den jeweiligen Bedürfnissen ausgerichtet ist.

Immer wichtiger werden zivilgesellschaftliche Akteure auch für die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, um möglichst breite Bevölkerungskreise in ihre Arbeit einzubeziehen. Da sie von der staatlichen Politik weitgehend unabhängig und im Unterschied zu politischen Parteien nicht auf Wahlmehrheiten unter der Bevölkerung angewiesen sind, können sie auch neue Wege beschreiten, richtungsweisende Initiativen ergreifen und wichtige Probleme thematisieren, die sonst vielleicht politische Tabus bleiben würden. Gerade in den westlichen

Demokratien, in denen fast jede Interessengruppe ihre politische Lobby hat, sind entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen wichtig, weil sie stellvertretend für die Belange der Armen und der Opfer der Globalisierung eintreten können, die sich sonst kaum Gehör verschaffen könnten.

6.3 Handlungsmöglichkeiten der Kirche und ihrer Werke

All jene Menschen, Gruppen und Organisationen, die sich den Menschenrechten und damit konsequenterweise einer Option für jene, denen diese Rechte verwehrt werden, verpflichtet wissen, müssen sich für die Verlierer der Globalisierung einsetzen, indem sie deren Sorgen und Anliegen der Öffentlichkeit bewußt machen, verantwortliche Lösungen mit zu entwickeln versuchen und notwendige institutionelle Reformen und persönliche Verhaltensänderungen in den Wohlstandsländern einfordern. Diese Aufgabe fällt weitgehend jenen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu, deren Zweck es nicht ist, Gewinne zu erzielen (Nicht-Profit-Organisationen).

Die katholische Kirche und ihre Werke sind einflußreiche Akteure der internationalen Zivilgesellschaft und nehmen als solche im Prozeß der Verständigung und Vermittlung zwischen Nord und Süd, West und Ost eine Schlüsselrolle ein. Sie unterscheiden sich von anderen Nichtregierungsorganisationen zwar in ihren Grundkriterien und in ihrer Motivation, nur bedingt jedoch in ihren konkreten Tätigkeiten und Aktionen, weshalb die folgenden Handlungsmöglichkeiten weithin auch für die sonstige Zivilgesellschaft zutreffen dürften.

Die Arbeit der kirchlichen Werke umfaßt auch die direkte finanzielle Hilfe für pastorale wie soziale Projekte vor Ort und damit das Sammeln von Spenden. Diese sind ein sichtbares Zeichen der Bereitschaft zum globalen Teilen mit anderen Ortskirchen und mit den Armen. Dank ihrer Größe und vieler Partner im Süden und Osten sind die Werke auch besser imstande, ihre Mittel subsidiär an die Bedürftigsten zu verteilen. Ihre Größe ermöglicht ihnen überdies einen – im Vergleich zu Einzelpartnerschaften oder kleinen Werken – höheren Wirkungsgrad, so daß sie auch Projekte fördern, die sonst keine ausländische Hilfe erhalten.

Von noch größerer Bedeutung ist der Aufbau echter Partnerschaften in gegenseitigem Geben und Nehmen und geduldigem Lernen voneinander. Dies ist eine Form des interkulturellen und innerkirchlichen Dialogs, der ein bewußtes Gegengewicht zu kultureller Überheblichkeit und paternalistischer Bevormundung setzen will. Gerade auch unter pastoraler Rücksicht sind dauerhafte persönliche Kontakte zu anderen Gemeinden von großer Bedeutung für eine Weltkirche, die eine Einheit in Vielfalt anstrebt. Solche Begegnungen ermöglichen das Kennenlernen anderer Ortskirchen, was die eigene pastorale Tätigkeit bereichern kann. Eine möglichst dichte Vernetzung zwischen den Ortskirchen in aller Welt, die dank der modernen globalen Kommunikationsmittel heute möglich ist, eröffnet auch neue Handlungsmöglichkeiten, weil sie den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit im Hinblick auf ganz konkrete Ziele erleichtert. Auf diese Weise läßt sich auch die Zusammenarbeit innerhalb der Ortskirchen im Süden und Osten unterstützen, etwa auf der Ebene von Bischofskonferenzen, Orden, Organisationen des Laienapostolates oder Vereinigungen von Theologen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Förderung eines eigenständigen Beitrags der Laien zu.

Eine immer wichtigere Rolle spielt die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit als Voraussetzung für einen Bewußtseinswandel in den Wohlstandsgesellschaften, ohne den langfristige Strukturreformen kaum durchsetzbar sein werden. Die Werke greifen die Solidarität vieler Christen mit den Menschen in Entwicklungs- und Transformationsländern auf und motivieren sie, sich für eine gerechtere Welt einzusetzen. Dazu bedarf es vielfältiger Informationen, Studien und öffentlichkeitswirksamer Bildungsarbeit. Dies schließt die Aufnahme und Vermittlung der pastoralen Neuansätze und des theologischen Denkens in den Partnerkirchen ein, nicht zuletzt, weil dies den Kirchen in den reichen Ländern wertvolle Anstöße geben kann.

Aus solchen Bemühungen erwächst fast von selbst die Einsicht, daß es eine politische Anwaltschaft für die Belange der ärmeren Länder und vor allem der Armen dort braucht. In den westlichen Demokratien hat fast jede wichtige Interessengruppe ihre politische Lobby, um ihre Anliegen durchzusetzen und möglichst medienwirksam auf sie aufmerksam zu machen. Die Chancen der weniger entwickelten Länder und insbesondere der Armen weltweit verbessern sich daher, wenn sich gesellschaftliche Gruppen im Norden stellvertretend für diese Interessen einsetzen. In dieser Hinsicht verfügen die Kirchen über ein großes Potential, weil sie noch immer viele Mitglieder und damit einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf politische Entscheidungen haben.

Aus diesem Grund beteiligen sich die Werke auch an Aktionen, die konkrete Teilziele im Hinblick auf mehr weltweite Gerechtigkeit verfolgen, wie z.B. dem globalen Marsch gegen ausbeuterische Kinderarbeit oder der Kampagne für einen Schuldennachlaß. Da die Wirksamkeit solcher Aktionen sehr von der Zahl ihrer Mitglieder und einer möglichst breiten zivilgesellschaftlichen Unterstützung abhängt, ist es wichtig, Allianzen der Solidarität jenseits überkommener weltanschaulicher und politischer Grenzen zu bilden, auch wenn dabei manche Berührungspunkte zu überwinden sind. Nur so lassen sich in der Regel gemeinsame Ziele mit Hilfe der Medien und konzertierter Aktionen offensiv und effektiv vertreten. Ein sehr erfolgreiches Beispiel ist die Kampagne gegen Landminen, die den nichtkirchlichen Gruppen gezeigt hat, daß die Kirchen wichtige und einflußreiche Bündnispartner sein können.

Ein möglicher Hebel, ökonomische Strukturreformen anzustoßen, ist auch ein gezieltes Konsumverhalten, z.B. der bewußte Kauf von Produkten aus Entwicklungs- und Transformationsländern, da der Markt bereits auf geringe Veränderungen reagiert. Da gerade große Unternehmen viel Wert auf ein gutes Image legen, kann das Konsumverhalten auch politischen Zielen dienen, z.B. über Warenzeichen, die nur jene Produkte erhalten, für welche die Unternehmen die Einhaltung grundlegender Sozial- und Umweltstandards nachweisen können, angefangen von Teppichen ohne Kinderarbeit bis hin zu einer nachhaltigen Holznutzung.

Ein ähnlicher Ansatz sind "ethische Geldanlagen". Da die Christen und ihre Kirchen auch über Geldvermögen verfügen und dieses investieren, sollten sie strenge Maßstäbe anlegen, um mit ihrem Geld ethisch möglichst verantwortlich umzugehen. So könnten sie für ihre Geldanlagen bewußt solche Unternehmen und Vermögensverwalter auswählen, die zu den Zielen des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wenigstens nicht in offensichtlichem Widerspruch stehen, auch wenn dies möglicherweise einen Verzicht auf höhere Renditen zur Folge hat.

Im Hinblick auf die Ausbildung einer weltweit zuträglichen Lebens- und Wirtschaftsweise ist noch viel an Aufklärungs- und Motivationsarbeit zu leisten. Eine Umorientierung, die dem Trend zum Individualismus und zu immer mehr Wohlstand fast diametral entgegensteht, verlangt nicht nur politische Strukturreformen, sondern ebenso Verhaltensänderungen im persönlichen

Bereich, die der Politik Anstöße geben und ihr signalisieren können, daß die Bereitschaft zu Veränderungen vorhanden ist. Viele bedenkenswerte Vorschläge in dieser Hinsicht enthält die gemeinsam von Misereor und BUND in Auftrag gegebenen Studie "Zukunftsfähiges Deutschland", vor allem in ihren acht Leitbildern. Die Kirchen und ihre Werke werden aber nur dann glaubwürdig für solche Ziele eintreten können, wenn sie auch selbst einen Lebens- und Wirtschaftsstil praktizieren, der Lebensqualität und Genügsamkeit miteinander verbindet. Ein solches Leitbild ist grundsätzlich weltweit übertragbar und ermöglicht einen globalen sozialen Ausgleich. Die Kirchen können dabei – wie viele andere Religionen – auf eigene Traditionen guten Lebens zurückgreifen, etwa auf die Lehre von der Tugend des rechten Maßes oder auf verschiedene Formen der Askese.

Eine Weltkirche, die sich als Lerngemeinschaft versteht, verkündet ein Programm, das Brücken bauen will: Nur im gemeinsamen Lernen voneinander, rückgebunden an die ihnen geschenkte Botschaft des Evangeliums, können die Ortskirchen in ihrer Vielfalt zu einer wahren Weltkirche werden. Dieses Programm, von dessen Realisierung die Kirche freilich noch weit entfernt ist, könnte ein Modell einer menschengerechten Globalisierung sein mit dem Ziel, "der Globalisierung des Profits und des Elends eine Globalisierung der Solidarität entgegenzuhalten" (Johannes Paul II.).

Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz

Broschüren

- Armut und Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt (1990: auch in englisch, französisch und spanisch); Autoren: Franz Böckle/Hans-Rimbert Hemmer/Herbert Kötter
- Gutes Geld für alle. Sozialethische Überlegungen zur Geldwertstabilität (1991; auch in spanisch); Studie der Sachverständigengruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik", vorgelegt von Franz Furger und Joachim Wiemeyer
- Christen und Muslime vor der Herausforderung der Menschenrechte (1992; auch in englisch und französisch); Autoren: Johannes Schwartländer/Heiner Bielefeldt
- Von der Dependenz zur Interdependenz. Anstöße und Grenzen der Dependenztheorie (1994; auch in englisch und französisch); Studie der Sachverständigengruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik", vorgelegt von Franz Furger und Joachim Wiemeyer
- Wirtschaft: global und ökologisch. Überlegungen zu Ressourcenschonung und Umwelterhaltung (1994; auch in englisch und spanisch); Studie der Sachverständigengruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik", vorgelegt von Franz Furger und Joachim Wiemeyer
- Mut zur Strukturanpassung bei uns - Hilfe für die Entwicklungsländer (1995; auch in englisch); Studie der Sachverständigengruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik", vorgelegt von Franz Furger
- Handeln in der Weltgesellschaft: Christliche Dritte-Welt-Gruppen (1995); Autoren: Karl Gabriel/Sabine Keller/Franz Nuscheler/Monika Treber
- Soziale Sicherungssysteme als Elemente der Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern (1997; auch in englisch und spanisch); Studie der Sachverständigengruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik"
- Stabilität und soziale Gerechtigkeit. Zur Einführung des EURO (1999); Studie der Sachverständigengruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik"

- Die vielen Gesichter der Globalisierung. Perspektiven einer menschengerechten Weltordnung (1999); Studie der Sachverständigengruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik und der kirchlichen Werke Adveniat, Caritas international, Misereor, missio Aachen, missio München und Renovabis

Die Broschüren sind zu beziehen bei der Zentralstelle
Weltkirche
der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 163, 53113
Bonn,
Tel. 0228/103-288, Fax. 0228/103-335.

Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz

Buchreihe "Forum Weltkirche: Entwicklung und Frieden", Matthias-Grünwald-Verlag Mainz

- Bd. 1: Peter Hünemann/Juan Carlos Scannone (Hg.): Lateinamerika und die katholische Soziallehre. Ein lateinamerikanisch-deutsches Dialogprogramm (1993)
Teil 1: *Wissenschaft, kulturelle Praxis, Evangelisierung. Methodische Reflexionen zur Katholischen Soziallehre*
Teil 2: *Armut. Herausforderung für Wirtschafts- und Sozialordnung*
Teil 3: *Demokratie. Menschenrechte und politische Ordnung*
- Bd. 2: Johannes Schwartländer: Freiheit der Religion. Christentum und Islam unter dem Anspruch der Menschenrechte (1993)
- Bd. 3: Thomas Hoppe (Hg.): Auf dem Weg zu einer Europäischen Friedensordnung. Perspektiven und Probleme nach dem Ende des Kalten Krieges (1994)
- Bd. 4: Joachim E. Tschiersch/Herbert Kötter/Frithjof Kuhnen: Kirchen und ländliche Entwicklung. Einwirkungen auf die Rahmenbedingungen der Entwicklungszusammenarbeit - Möglichkeiten und Grenzen (1995)
- Bd. 5: Franz Nuscheler, Karl Gabriel, Monika Treber, Sabine Keller: Christliche Dritte-Welt-Gruppen. Praxis und Selbstverständnis (1996)
- Bd. 6: Jürgen Schwarz (Hg.): Die katholische Kirche und das neue Europa. Dokumente 1980 - 1995 (2 Bände) (1996)
- Bd. 7: Ludwig Bertsch, Hermann Janssen, Marco Moerschbacher (Hg.): Alternativen zur traditionellen

Pfarrstruktur. Die Communio-Ekklesiologie und ihre
Rezeption in Afrika, Ozeanien und Europa (1997)

- Bd. 8: Thania Paffenholz: Konflikttransformation durch Vermittlung. Theoretische und praktische Erkenntnisse aus dem Friedensprozeß in Mosambik 1976-1995 (1998)

Bezug nur über den Buchhandel

Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz

Reihe "Projekte"

- 1 Yves Bizeul: Christliche Sekten und religiöse Bewegungen in der südlichen Hemisphäre. Eine Literaturstudie (1995)
- 2 Thomas Bremer (Hrsg.): Religion und Nation im Krieg auf dem Balkan. Beiträge des Treffens deutscher, kroatischer und serbischer Wissenschaftler vom 05. bis 09. April 1995 in Freising (1996)
- 3 Gero Erdmann: Demokratie und Demokratieförderung in der Dritten Welt. Ein Literaturbericht und eine Erhebung der Konzepte und Instrumente (1996)
- 4 Martin Diehl: Rückkehrbereitschaft von Stipendiaten aus Entwicklungsländern. Eine Evaluierung von Förderprogrammen des Katholischen Akademischen Ausländer-Dienstes (KAAD) (1997)
- 5 Günther Freundl/Petra Frank-Herrmann (Eds.): Reproductive Behaviour in Circumstances of Extreme Poverty (1997)
- 6 Karl Gabriel/Monika Treber (Hrsg.): Christliche Dritte-Welt-Gruppen: Herausforderung für die kirchliche Pastoral und Sozialethik (1998)
- 7 Gero Erdmann: Demokratie- und Menschenrechtsförderung in der Dritten Welt. Grundlinien eines Rahmenkonzeptes für die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit (1999)
- 8 Thomas Hoppe (Hg.): Menschenrechte - Menschenpflichten. Beiträge eines gemeinsamen Symposiums der Deutschen Kommission Justitia et Pax und der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben vom 7. bis 8. Dezember 1998 in Köln (1999)

Zu beziehen über die Zentralstelle Weltkirche der Deutschen
Bischöflichen Konferenz, Kaiserstraße 163, 53113 Bonn,
Tel. 0228/103-288, Fax. 0228/103-335.